

# Kinderschutz als gesellschaftliches Projekt: Kontext und Konzept einer soziologischen Feldanalyse

## 2

Dieses Kapitel beleuchtet die groben Konturen sowie das Umfeld dessen, was in unserer Studie „Kinderschutzsystem“ genannt wird; gleichzeitig beschreibt es den konzeptionellen Ansatz, mit dessen Hilfe wir dieses System näher durchleuchten wollen. Weil Kinderschutz in modernen Gesellschaften als öffentliche Aufgabe bzw. als sozialpolitisches Projekt definiert wird, rücken dabei die wohlfahrtsstaatliche Infrastruktur und ihre jüngere Entwicklung mit ins Zentrum der Betrachtung.

Im ersten Abschnitt werden zunächst die Umrisse jenes Problems gezeichnet, auf das das Kinderschutzsystem reagiert bzw. einwirkt. Thematisch wird mithin der sozialstrukturelle Kontext, in dem Kindeswohlgefährdung als Problem emergiert und bearbeitet wird, hier v. a. im Hinblick auf die Quellen, aus denen es sich speist. Erörtert wird u. a., inwiefern der seit einigen Jahren beobachtbare Wandel in der Sozialstruktur der deutschen Gesellschaft die „Renitenz“ des fraglichen Problems befördert, entweder weil sich einmal aufgetretene Schief lagen im Lebensmilieu betroffener Kinder verselbständigen und zuspitzen, oder weil bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen neue Anfälligkeiten produzieren – unabhängig von der Frage, wie institutionell und organisatorisch damit umgegangen wird. Gleichzeitig legen wir dar, dass soziale Interventionen im fraglichen Bereich auf ein „moving target“ treffen, weil die Entwicklung in den Familien ständig im Fluss und durch externe Eingriffe (Gespräche, Kontrollen, Hilfestellungen) niemals gänzlich kontrollierbar ist.

Um die grundsätzliche Art und Weise, wie Gesellschaften auf diese Gemengelage reagieren, geht es im zweiten Abschnitt. Hier wird zunächst auf die *institutionelle Basis* dieser Reaktion verwiesen, um in einem ersten Zugriff für den spezifischen Zuschnitt jenes „Regelwerks“ zu sensibilisieren, mit dem Kinderschutz realisiert werden soll; Details sowie die je besondere normative Ausrichtung einzelner Elemente dieses Regelwerks kommen später (in Kap. 3) zur Sprache. Schon die überblicksartige Darstellung der entsprechenden Regulierungen führt vor Augen, dass sich die in Aktivitäten des Kinderschutzes involvierten Instanzen – zumal vor dem

Hintergrund der im ersten Abschnitt geschilderten Eigendynamik des Problemfelds – auf verschlungenen Wegen an ihrer Zielgruppe (Kinder und Familien) abarbeiten.

Die Unübersichtlichkeit dieser Wege ist auch Thema des dritten Abschnitts. Dieser führt in die Akteurslandschaft des Kinderschutzes ein und beschreibt abstrakt jene Mechanismen, mit denen letzterer organisiert wird. Schon der (an dieser Stelle lediglich) kursorische Blick auf die Pluralität der „Systemprotagonisten“ lässt erkennen, dass sich die *organisationale Basis* des Kinderschutzes als heterogen und komplex ineinander verschachtelt darstellt. Im Rekurs auf grundlagentheoretische Überlegungen schafft dieser dritte Abschnitt überdies ein Vorverständnis dafür, dass organisierter Kinderschutz im Spannungsfeld verschiedener institutioneller Logiken vollzogen wird. Wir argumentieren ferner, dass bestehende normative Vorgaben in der Praxis von Ämtern, Trägern und Berufsgruppen auf dem Wege einer organisationalen (Um-)Kodierung adaptiert und in konkretes Interventionshandeln umgesetzt werden – wobei dieser Prozess in richtungsweisende gesamtgesellschaftliche Modernisierungsdynamiken eingebettet ist.

Das Kapitel versammelt mithin Beobachtungen zu allgemeinen Rahmenbedingungen des Kinderschutzes, einerseits im Problemfeld selbst, andererseits im institutionellen (wohlfahrtsstaatlichen) und organisationalen Kontext der auf dieses Feld bezogenen Interventionen. Es macht also in der Fachliteratur unter unterschiedlichen Überschriften verhandelte Sachverhalte zum Gegenstand einer einführenden Zusammenschau und entwickelt zugleich einen konzeptionellen Rahmen, der die weitere Feldanalyse anleitet.

---

## 2.1 Probleme ohne Ende: Sozialisationskrisen für Kinder und in Familien

**Sozialisationskrisen und ihre Orte** Kinderschutzsysteme kümmern sich um Lebenssituationen von Aufwachsenden, die gesellschaftlich als problematisch gelten. Neben körperlicher Beeinträchtigung sind es in erster Linie besonders prekäre Lebensbedingungen, die sie auf den Plan rufen. Abstrakt könnte man diesbezüglich von Sozialisationskrisen sprechen: Es gibt Ereignisse und Zustände, die dem zuwiderlaufen, was das Gemeinwesen im Hinblick auf das Aufwachsen von Kindern für „normal“ hält; und es handelt sich um Krisen bzw. längere krisenhafte Lebensepisoden, weil sich Abweichungen von dieser Normalitätsvorstellung zuspitzen und als Ereignisse wahrgenommen werden, die nachhaltige Schäden im Sozialisationsprozess der Betroffenen verursachen. Der körperliche bzw. seelische Schutz der kindlichen Person im Hier und Jetzt sowie die Abwehr von akuten Gefahren für das Kindeswohl sind dabei nur Teilmenge eines umfassenderen Mandats des Kinderschutzsystems, hat dieses doch allgemein den Auftrag, für den gesamten gesell-

schaftlichen Nachwuchs ein Mindestmaß an Entwicklungschancen sicherzustellen.

Bei Kindern – insbesondere solchen, die das Jugendalter noch nicht erreicht haben – finden Ereignisse, die diese Normalitätserwartungen verletzen, zuvorderst in *Familien* statt. Zwar gibt es weitere Lebensräume, die vergleichbare Störungen erzeugen können, wie etwa die jüngere Debatte um Misshandlungen in Heimen und Internaten vor Augen geführt hat. Auch Einrichtungen der Kinderbetreuung sowie Schulen<sup>1</sup> sind Orte, an denen Krisen virulent bzw. verursacht werden können. In der Regel wird aber der private Lebensraum Fixpunkt der Krise und ihrer Bearbeitung. Auf diese Weise werden Eltern bzw. Erziehungsberechtigte zur zentralen Adresse sowohl für Krisendiagnosen als auch für darauf bezogene Interventionen. Als kinderschutzrelevante Manifestationen solcher krisenhaften Sozialisationsperioden gelten gemeinhin der Einsatz *körperlicher Gewalt* sowie eine fundamentale – also Entwicklungschancen spürbar beeinträchtigende – *Vernachlässigung* (die entsprechenden rechtlichen Regelungen stellen wir in Abschn. 3.1 genauer dar).

Der nachfolgende Kasten beinhaltet einige statistische Informationen über Ereignisse bzw. Zustände, die entsprechende Prävalenzen markieren (vgl. dazu Alberth et al. 2010: 479 ff sowie ausführlicher Haug & Höynck 2012; Fendrich & Pothmann 2010). Bemerkenswert erscheint, dass viele Statistiken *zunehmende* Gefährdungstatbestände anzeigen. Daraus könnte der Schluss gezogen werden, dass das Ausmaß problematischer Sozialisationsperioden in der jüngeren Vergangenheit angewachsen ist.<sup>2</sup>

### **Kindeswohlgefährdung in Zahlen**

- *Untersuchungen auf der Basis von Eigenangaben:* In einer Studie von Pfeiffer et al. (1999) gaben 56,6 % der befragten Schüler (9./10. Klasse) an, von ihren Eltern schon einmal gezüchtigt oder physisch misshandelt worden zu sein. In einer Untersuchung von Lamnek und Ottermann (2004)

<sup>1</sup> Siehe z. B. Greese 2011.

<sup>2</sup> Bei der Rezeption des entsprechenden Datenmaterials muss man berücksichtigen, dass die auf diversen Quellen beruhenden Daten enorme Lücken und Unzulänglichkeiten enthalten; zudem ist (insbesondere in Bezug auf die Polizeiliche Kriminalstatistik) von einem großen Dunkelfeld auszugehen (Haug & Höynck 2012, Fendrich & Pothmann 2010; vgl. auch die auf Eigenangaben basierenden Untersuchungen im Kasten). So weist auch der 13. Kinder- und Jugendbericht des Deutschen Bundestages (2009: 89) treffend darauf hin, dass „das tatsächliche Ausmaß von Vernachlässigung und Kindesmisshandlung (...) nur geschätzt werden (kann), da (...) neuere repräsentative und auf der Basis valider Erhebungsinstrumente gewonnene Ergebnisse fehlen“. Die Daten sind daher mit entsprechender Vorsicht zu interpretieren. In der weiteren Darstellung bleiben Statistiken des Gesundheitswesens (z. B. zu Todesursachen) ausgeblendet, da sie mit erheblichen Erhebungsproblemen behaftet sind (vgl. Haug & Höynck 2012: 136 ff).

bekannte ein Drittel der befragten Eltern, schon einmal Gewalt gegen ihre Kinder angewendet zu haben. 45 % sahen in leichterem Gewaltausübungsmittel (z. B. Ohrfeige) ein für das Kind unschädliches Erziehungsmittel.

- Die *Polizeiliche Kriminalstatistik* (PKS) gibt Aufschluss über das „Hellfeld“ der Kriminalität; sie enthält Angaben über alle der Polizei bekannt gewordenen Vorfälle: Demnach wurden 2012 38.501 Kinder (unter 14 Jahren) Opfer von vollendeten Körperverletzungen – ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Dies entspricht 384,5 Fällen pro 100.000 Einwohner dieser Altersgruppe. Seit 1995 (26.730 Opfer) stiegen die Zahlen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre deutlich an und bewegten sich seitdem (mit einem Höchststand von 45.476 im Jahr 2007) auf einem relativ stabilen Niveau. Beim enger gefassten Delikt „Misshandlung von Schutzbefohlenen“ wurden 2012 3.967 Opfer (39,6 pro 100.000) registriert – ein Anstieg von 66 % seit dem Jahr 2000. Auch das Delikt „Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflicht“, das gravierende Vernachlässigungstatbestände umfasst, weist zunehmende Häufigkeiten auf (1.642 Fälle in 2012 gegenüber 1.095 im Jahr 2000). Dagegen zeigen sich im Bereich des sexuellen Missbrauchs sowie bei den Tötungsdelikten rückläufige Zahlen. (PKS, Tab. 01, 91; eigene Berechnungen)
- Die *Sorgerechtsentzüge* durch das Familiengericht (die stets mit einer diagnostizierten Gefährdung des Kindeswohls einhergehen) beliefen sich (relativ gleich bleibend seit 1995) auf 8.060 im Jahr 2004 und stiegen dann bis auf 12.244 im Jahr 2008 an. Seitdem sind sie wiederum relativ konstant. (Statistisches Bundesamt, Kinder- und Jugendhilfestatistik)
- Einen weiteren Anhaltspunkt stellen die *vorläufigen Schutzmaßnahmen* durch das Jugendamt dar: Laut Kinder- und Jugendhilfestatistik wurden 2012 39.365 Inobhutnahmen vorgenommen – ein deutlicher Anstieg (55 %) gegenüber dem Jahr 2005 mit 25.442 Fällen. Die deutlichsten Zuwächse sind bei den unter 3-jährigen Kindern (gefolgt von den 3–6-jährigen) zu verzeichnen, wobei diese zusammengefasst nur einen Anteil von ca. 16 % an allen Inobhutnahmen ausmachen. In 2012 wurden 70 % der Maßnahmen wegen einer registrierten Gefährdung durchgeführt, der Rest erfolgte „auf eigenen Wunsch“ des Kindes. Für den Zeitraum vor 2005 zeigt sich eine Wellenbewegung mit Anstiegen seit 1995 (23.271) auf Höchstwerte von ca. 31.000 um die Jahrtausendwende und einem darauf folgenden erneuten Rückgang. (Statistisches Bundesamt, Kinder- und Jugendhilfestatistik; eigene Berechnungen)

- Interessant erscheint schließlich die Entwicklung der *Hilfen zur Erziehung*, wenngleich diese insgesamt gesehen nur relativ selten auf eine als solche diagnostizierte Kindeswohlgefährdung zurückgehen (dieser Anteil liegt über die letzten Jahre konstant bei lediglich 7–8 % (Haug & Höynck 2012: 145); der größte Teil der Hilfen entfällt dementsprechend auf präventive Maßnahmen, insbesondere der Erziehungsberatung). Die öffentlichen Ausgaben für Hilfen zur Erziehung und vorläufige Schutzmaßnahmen beliefen sich im Jahr 2012 auf über 8,2 Mrd. €. Seit 2001 (ca. 5,1 Mrd. €) sind sie kontinuierlich angestiegen. Die größten Steigerungen sind bei den ambulanten Hilfen wie der Sozialpädagogischen Familienhilfe zu verzeichnen (65.642 in 2012 gegenüber 19.513 im Jahr 2000; am 31.12.), gefolgt von der Erziehungsberatung (310.661 (2012) gegenüber 274.573 (2000; beendete Hilfen)), während die stationären Hilfen über die letzten Jahre relativ konstant geblieben sind. Ein Anstieg zeigt sich allerdings bei der Vollzeitpflege in einer anderen Familie (64.851 in 2012 gegenüber 48.993 im Jahr 2000). (Statistisches Bundesamt, Kinder- und Jugendhilfestatistik; eigene Berechnungen; vgl. Haug & Höynck 2012: 143 ff)
- Für 2012 gab es erstmals eine Statistik über die *Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls* nach § 8a SGB VIII (s. dazu Abschn. 3.1) sowie deren Ergebnis. Demnach wurde bei ca. 36 % der insgesamt 106.623 eingeleiteten Verfahren eine Kindeswohlgefährdung festgestellt (von diesen 38.283 Verfahren entfällt wiederum ein Anteil von ca. 44 % auf eine „akute“, der Rest auf eine „latente“ Gefährdung). Bei den übrigen Fällen (ohne attestierte Gefährdung) wurde bei etwa jedem zweiten ein (weiterer) Hilfebedarf gesehen.<sup>3</sup> (Statistisches Bundesamt, Kinder- und Jugendhilfestatistik; eigene Berechnungen)

Nun gibt es unterschiedliche Erklärungen für die steigende Anzahl gemeldeter Vorfälle: Manche heben auf eine allgemein erhöhte Sensibilität gegenüber Kindeswohlgefährdung ab, die dazu führe, dass Gefährdungen vermehrt erkannt oder vermutet werden (vgl. Wazlawik 2011; Trunk 2010).<sup>4</sup> Andere verweisen auf eine wachsende

<sup>3</sup> Die Zahlen betreffen Gesamtdeutschland exklusive Hamburg, das keine Ergebnisse zur Verfügung stellte.

<sup>4</sup> Für diese These spricht auch der Vergleich von jüngeren Untersuchungen (Baier et al. 2009; Bussmann 2005a, b) mit solchen älteren Datums (Pfeiffer et al. 1999; Bussmann 1996), der sogar auf rückläufige Zahlen leichter Gewalterfahrungen von Kindern und eine zuneh-

soziale Prekarität in Teilen der Bevölkerung oder auf veränderte, Kinder potenziell stärker belastende, Modelle individueller Lebensführung (vgl. Pothmann 2012; Kinderschutz-Zentrum Berlin 2009: 35 ff). Es ist nicht einfach zu klären, wer hier Recht hat. Einerseits implizieren eine höhere Aufmerksamkeit für Kinderschutzfragen in der Öffentlichkeit und an verschiedenen Orten des Gemeinwesens sowie neue Kinderschutzpolitiken (vgl. Kap. 3) mehr „Meldungen“; andererseits gibt es Gründe für die Annahme, dass die offenkundige Ausweitung sozialer Deprivation mehr Gefährdungen hervorruft (s. u.). Wesentlich erscheint, dass die Gegenwartsgesellschaft einen *wachsenden Handlungsbedarf* diagnostiziert und Abweichungen des Lebensalltags vieler Kinder von gesellschaftlich vorherrschenden Normalerwartungen hinsichtlich der Bedingungen, unter denen sie aufwachsen, verstärkt thematisiert. Gleichzeitig scheinen – wie wir nachfolgend argumentieren – die Quellen, aus denen sich die fraglichen Problemlagen speisen, nicht zu versiegen.

**Dauervirulenz und Endlosschleifen: Kindeswohlgefährdung als Sisyphus-Problem** Sozialisationskrisen bei Kindern und deren Eltern sind Lebensprobleme, die sich, wenn sie akut werden, unter günstigen Bedingungen durchaus entschärfen lassen. Ein „Gedeihen trotz widriger Umstände“<sup>5</sup> ist also immer möglich: Es gibt zahlreiche Praxisbeispiele dafür, dass eine ordnende Hand von außen oder das kommunikative Einwirken auf das Lebensumfeld einer problembelasteten Familie einmal entfachte Krisen auffangen oder ein bestehendes Gefährdungspotenzial eindämmen können. Nicht zuletzt die Tatsache, dass dabei die Bezugsgruppe betroffener Kinder und Eltern auf die „offenen Ohren“ von nicht in den Familienzusammenhang involvierten Personen stößt, eröffnet Spielräume zur Deeskalation und Krisendämpfung. Gleichzeitig kann es in prekären Lebenskonstellationen immer auch zu Stabilisierungen von außen kommen, etwa wenn neue Lebenspartner konfliktarm in die Familie integriert werden oder die Eingliederung in Lohn und Anerkennung bringende Arbeitsverhältnisse gelingt. Gerade insofern ist in den betroffenen Familien reichlich Bewegung.

Und doch scheint es im Hinblick auf das Potenzial an Kindeswohlgefährdungen eine starke „Reproduktionsneigung“ zu geben: Tatsächlich zeigt sich bei vielen Adressaten sozialer Interventionen eine *Dauervirulenz* von Gefährdungslagen. Was in Fachkreisen unter Stichwörtern wie Hilfekarrieren oder Armutskulturen verhandelt wird, verweist auf das hohe „Durchhaltevermögen“ jener sozialen Probleme

---

mende Bedeutung des Gewaltfreiheitspostulats in der Erziehung hindeutet (Baier et al. 2009; Busmann 2005a, b). Vor diesem Hintergrund gewinnt die These einer Verschiebung der Hellfeld-Dunkelfeld-Relation an Bedeutung (für diesen Hinweis danken wir Monika Haug).

<sup>5</sup> Vgl. Welter-Enderlin & Hildenbrand (2006).

me, aus denen (u. a.) Kindeswohlgefährdung erwächst und auf die das bestehende Kinderschutzsystem meist nur punktuell Einfluss nehmen kann.

Verschiedene Indizien deuten darauf hin, dass in den Lebenswelten, auf die sich das Kinderschutzsystem bezieht, problemkonservierende Kräfte wirken. Jedenfalls gibt es Hinweise auf ein beachtliches Reservoir an „Stammkunden“ der öffentlichen Jugendhilfe: Drehtüreffekte im Interventionsgeschehen sowie die Übertragung von Hilfebedürftigkeit von einer auf die nachfolgende Generation sind einschlägige Stichwörter der Fachdiskussion.<sup>6</sup> V.a. im Kernbereich der „harten Fälle“ reproduzieren sich prekäre Lebensereignisse schleifenförmig, mit einem latenten Dauerpotenzial an Kindeswohlgefährdung.

Abgesehen von der Zähigkeit vieler psychosozialer Beeinträchtigungen (auf der individuellen Ebene) erweisen sich v. a. die materiellen Lebensbedingungen, unter denen sie auftreten, als in der Tendenz relativ stabil. Das, was in der Kinderschutzdebatte „intergenerationale Transmission“ genannt wird (vgl. z. B. Kaufman & Zigler 1989; Engfer 2000) und auf den Umstand verweist, dass misshandelte Kinder später als Eltern ihrerseits zu Gewalt neigen – Gewaltbereitschaft also vererbt wird –, ist ein besonders offensichtlicher Reproduktionsmechanismus. Im Schnittfeld der verschiedenen Lebensräume von gefährdeten Kindern greifen weitere Mechanismen dieser Art: So gibt es Indizien für die Übertragung von familiären Gewalterfahrungen in ein entsprechendes Konfliktverhalten an Schulen.<sup>7</sup> Die Reproduktion familialer Prekarität, der Zusammenhang zwischen elterlicher Einkommensarmut und kindlichen Bildungsdefiziten, oder auch die „Vererbung“ von Schuldenproblemen verweisen ebenfalls auf maßgebliche Reproduktionseffekte.<sup>8</sup> Bezogen auf akute Kindeswohlgefährdungen ist das Ausmaß der „Problemrenitenz“ schwer zu bestimmen – aber dass es real existiert, bestätigen zahlreiche Praxisberichte (auch) bei unseren Erhebungen. Offensichtlich gibt es, was das Aufwachsen von Kindern betrifft, ein sich permanent erneuerndes lebensweltliches Krisenpotenzial. Insofern bestehen in der Gegenwartsgesellschaft, wenn es um Kindeswohlgefährdung geht, *„Probleme ohne Ende“*.

Endlosigkeit gibt es auch noch in anderer Hinsicht: Belastungen, Störungen und Verwerfungen im privaten Lebensraum sind keine statischen Zustände; vielmehr zeigen die mittlerweile vorliegenden Studien über Problemverläufe in Haushalten, welche im Kontext von (vermuteter oder antizipierter) Kindeswohlgefährdung

---

<sup>6</sup> Solche Phänomene verweisen allgemein auf strukturelle Sozialisationsprobleme im Kontext von „Armutskarrieren“ (vgl. dazu Groh-Samberg & Hertel 2010). Weiter unten gehen wir ausführlicher auf solche strukturellen Faktoren ein.

<sup>7</sup> Vgl. Fuchs et al. (2009).

<sup>8</sup> Vgl. allgemein die Beiträge in Berger et al. (2011).

zum Objekt sozialer Interventionen werden, äußerst wechselhafte Verläufe, ja erratische Prozesse des familieninternen „Krisenmanagements“ sowie der Interaktion zwischen Familie und externen Akteuren, die noch dazu häufig nebeneinander her agieren.<sup>9</sup> In vielerlei Hinsicht sind Verhaltensweisen und Beziehungskonstellationen, auf die Kinderschutz einwirken will bzw. soll, in ständiger Bewegung; es gibt periodisch auftretende Zuspitzungen, vorübergehende Entspannung und unvorhersehbare Ereignisse. Kindeswohlgefährdung emergiert in hochgradig eigendynamischen privaten Räumen; der interaktive Charakter bzw. die Bedeutung von Beziehungsdynamiken zwischen Kindern, Eltern und anderen Bezugspersonen sowie die Beweglichkeit der Lebensbedingungen einer Familie sorgen für permanent changierende Problemlagen. Das nicht minder bewegliche Verhältnis der Adressaten zu von außen intervenierenden Akteuren überlagert diese Dynamik der Gefährdungskonstellation noch: Elterlicher Widerstand gegen „Lebenskontrollen“ seitens in die Familie eingreifender Sozialarbeiter oder das „Katz & Maus-Spiel“ mit Behörden und Gerichten, wie sie den Alltag des Kinderschutzes bestimmen, sind schillernder Ausdruck einer Handlungskonstellation, in der Interventionen von außen leicht in eine Art *Endlosschleife* geraten.

Die Botschaft dessen, was Praktiker des Feldes tagtäglich erleben, ist unmissverständlich: Das Problem, auf das sich Kinderschutzsysteme beziehen, weist sowohl eine große Renitenz als auch eine hohe Beweglichkeit auf. Daraus kann an dieser Stelle geschlussfolgert werden, dass das für soziale Interventionen in persönliche Lebenslagen bzw. private Lebensräume typische „Technologiedefizit“<sup>10</sup> – also der Mangel an standardisierbaren, absehbar verlässlichen und in ihren Wirkungen systematisch rekonstruierbaren Interventionsmethoden – im Problemkontext Kindeswohlgefährdung hochvirulent bleibt. So gesehen ist und bleibt Kinderschutz eine Sisyphusaufgabe.

**Kinderschutz im Kontext gesellschaftlichen Wandels** Kindeswohlgefährdung ist auf der Erscheinungsebene immer ein individuelles Problem: Es sind konkrete Eltern bzw. Erziehungsberechtigte, die im privaten Lebensraum manifeste Notlagen für bestimmte Kinder erzeugen, etwa indem sie sie schlagen oder unzulänglich versorgen. Dabei spielen psychische bzw. psychosoziale Faktoren als persönliche, in der Sozialstruktur gleichsam zufällig verteilte, Problemauslöser eine nicht unwesentliche Rolle. Aus größerer Distanz betrachtet erscheint Kindeswohlgefährdung

---

<sup>9</sup> Um nur einige Beispiele für Untersuchungen zu nennen, die Fallverläufe rekonstruieren und auf diese Volatilität der „Bearbeitungsprozesse“ verweisen: Fegert et al. (2010), Retkowsky et al. 2011 sowie (diverse Beiträge in) Thole et al. (2012) und Marthaler et al. (2012).

<sup>10</sup> Zum Begriff des Technologiedefizits sozialer Interventionen vgl. Scherr (2001).



gleichwohl als ein permanentes Strukturproblem westlicher Gesellschaften. Es ist *gesellschaftlicher* Natur, weil die Sozialisationsbedingungen von Kindern nicht nur durch einzelne Personen (als konkrete Verursacher von Kindeswohlgefährdung) geprägt werden, sondern auch durch sozialen Wandel im Hinblick auf die Lebensbedingungen der fraglichen Personenkreise. Tatsächlich deuten die Konzentration des Phänomens in bestimmten Schichten und Gruppen wie auch der Zusammenhang zwischen Lebensformen und (diagnostizierten) Hilfebedarfskonstellationen darauf hin, dass das Problem Kindeswohlgefährdung maßgeblich durch „überindividuelle“ Faktoren erzeugt bzw. perpetuiert wird.<sup>11</sup> *Insofern* sind die Familien, bei denen im Kinderschutzsystem Handlungsbedarf gesehen wird, nicht der Flammenherd, sondern nur der Ort, an dem es brennt.

Aus soziologischer Sicht erscheint plausibel, dass bestimmte Entwicklungstendenzen in der Sozialstruktur postindustrieller Gesellschaften<sup>12</sup> Voraussetzungen dafür schaffen, dass Kindeswohlgefährdung für nicht unerhebliche Teile der Bevölkerung immer neu und möglicherweise auch immer systematischer (re)produziert wird. Im Einzelnen soll und kann hier nicht der Nachweis geführt werden, inwieweit dies *zunehmend* der Fall ist bzw. in welchem *Umfang* die durch gesellschaftlichen Wandel beeinflussten Lebenslagen von Eltern mit einer Prekarisierung der Sozialisationsbedingungen ihrer Kinder korrespondieren. Es spricht allerdings einiges dafür, dass die Aktualität des Problems Kindeswohlgefährdung gesellschaftliche Wurzeln hat – unabhängig davon, dass auch *kulturelle* Faktoren, die zu einer erhöhten *Wahrnehmung* des Problems führen, diese Problemvirulenz unterfüttern.

Die gesellschaftlichen Wurzeln sind zunächst schlicht materieller Natur – in Gestalt eines wachsenden *Potenzials für soziale Deprivation*. Offensichtlich hat dieses

---

<sup>11</sup> Empirische Analysen dazu bewegen sich gewiss auf dünnem Eis, immerhin beruhen die Datensammlungen z. T. auf Diagnosen von möglicherweise voreingenommenen Verantwortlichen des Kinderschutzsystems. Dafür, dass der höhere diagnostizierte Interventionsbedarf bei „Unterschichts“- und Alleinerziehendenhaushalten gegenüber der Restbevölkerung *wesentlich* durch selektive Problemwahrnehmungsmuster bestimmt ist, gibt es allerdings wenige empirische Hinweise.

<sup>12</sup> Der Begriff der postindustriellen Sozialstruktur sollte nicht zu wörtlich genommen werden. Insbesondere soll er nicht insinuieren, dass der für westliche Volkswirtschaften typische Tertiärisierungsprozess – also die Zunahme von Dienstleistungstätigkeiten bei gleichzeitig relativ an Bedeutung verlierender Industriearbeit – sämtliche sozialstrukturellen Merkmale der Industriemoderne aufgelöst hat. Eher steht der Terminus hier für eine sozialstrukturelle Konstellation, für die *bestimmte* kulturelle Neuorientierungen (z. B. im Hinblick auf das Verständnis von Geschlechterrollen oder die Einstellung gegenüber Märkten) grundlegend sind und *graduelle* Gewichtsverlagerungen (im Arbeitsmarkt, bei den vorherrschenden Wertvorstellungen, im Bereich politischer Interessenvermittlung etc.) erkennbar werden (vgl. dazu die Erläuterungen in Bode 2013a: 81 ff, 316 ff).

Potenzial über die letzten drei Jahrzehnte hinweg in vielen westlichen Gesellschaften zugenommen. Als typische Indikatoren gelten gemeinhin das – im Vergleich zu den Nachkriegsjahrzehnten – hohe und robuste Niveau an Langzeitarbeitslosigkeit, die in den letzten Jahrzehnten beobachtbare Zunahme der Armutsgefährdung, die Verbreitung prekärer Arbeitsbiografien und – mit alledem verbunden – eine Verfestigung von Unterschichtpositionen in der sozialen Rangordnung des Gemeinwesens. Es geht dabei v. a. um *relative* Deprivation – sprich: die Erfahrung von Herabstufung, fehlender Anerkennung und steigenden Statusdifferenzen. Dass entsprechende Erfahrungen in der Tendenz das Potenzial für abweichendes Verhalten – und damit auch für Kindeswohlgefährdung – erhöhen können, ist ein Gemeinplatz der modernen Soziologie.<sup>13</sup> So ist auch in der Fachdebatte weitgehend unumstritten, dass Armut bzw. Deprivation das Risiko einer Kindeswohlgefährdung erhöhen.<sup>14</sup>

Hinzu kommt das mit der Pluralisierung von Familienmodellen zusammenhängende Destabilisierungspotenzial im privaten Lebensraum (vgl. Kinderschutz-Zentrum Berlin 2009: 36). Die Veränderungen in den Modellen der Lebensführung, wie sie für hoch entwickelte westliche Gesellschaften charakteristisch und – folgt man Familiensoziologen – aufgrund sozialstruktureller Entwicklungen sogar zwingend<sup>15</sup> sind, verweisen auf eine weitere Facette des „Gesellschaftsproblems“ Kindeswohlgefährdung. Hier zeigen sich – teilweise unabhängig vom sozialen Stand – neue Krisenanfälligkeiten im Lebenslauf: So provoziert die Zunahme alleinerziehender Haushalte sowie die Destabilisierung von Familien – in Verbindung mit einem tendenziell geringeren Kompensationspotenzial großfamiliärer Hilfebeziehungen – wachsenden „Lebensstress“ bei Eltern: also das, was in Falldiagnosen der Jugendhilfe häufig als „Überforderung“ etikettiert wird.<sup>16</sup> Dass sich entsprechende Stresssituationen auf den Charakter von Beziehungen im privaten Lebensraum auswirken können, liegt auf der Hand: Die im Vergleich zu den Nachkriegsjahrzehnten erheblich häufigeren Wechsel der familiären Lebenssituation können zwar

<sup>13</sup> Vgl. klassisch Merton 1968 sowie Böhnisch 2010. Dabei gilt es wiederum zu bedenken, dass Personen in Unterschichtpositionen tendenziell häufig im Fokus von Sicherheitspolitiken stehen bzw. von Wohlfahrtsbürokratien stärker beobachtet werden.

<sup>14</sup> Siehe dazu Hopf (2005: 153), Seus-Seberich (2006: 21–22) sowie die Zusammenstellung von internationalen Forschungsergebnissen in U.S. Department of Health and Human Services (1996), Dyson (2008), Brett & Zuravin (1998) und Hurrelmann & Andresen (2007); dagegen mit differenzierteren Befunden: Hussey et al. (2006) sowie abweichend Trunk (2010).

<sup>15</sup> Vgl. dazu etwa Buhr & Huinink (2011).

<sup>16</sup> Laut Kinder- und Jugendhilfestatistik ist diese Diagnose (mit einem Anteil von 43 % in 2012) bei weitem der häufigste Anlass für eine Inobhutnahme (Statistisches Bundesamt; eigene Berechnung).

Stresserfahrungen immer auch entgegenwirken – etwa dort, wo Partnerschaftskonflikte nicht mehr ausgelebt werden. Ebenso wahrscheinlich sind aber wachsende Belastungen von Eltern, nicht zuletzt in Fragen der Alltagsorganisation. Befunde der Sozialpsychologie zeigen jedenfalls, dass „Trennungslasten“ massive Störungen verursachen können.<sup>17</sup> Nicht zufällig sind Alleinerziehende heute eine sehr große Zielgruppe der Jugendhilfe<sup>18</sup> – wenngleich unklar ist, ob dies (nur) mit objektiven Problemlagen oder mit selektiven Schutzinstinkten der intervenierenden Instanzen zusammenhängt. Im Ganzen spricht einiges dafür, dass es im Hinblick auf die Generierung von Lebenskonstellationen, die gemeinhin mit Kindeswohlgefährdung in Verbindung gebracht werden, einen permanenten „Problemnachschub“ gibt, der sich aus allgemeineren sozialstrukturellen Entwicklungen speist.

„Die Kinder der Freiheit“<sup>19</sup> zahlen also *potenziell* einen Preis für die heute bestehende Optionenvielfalt im Hinblick auf die private Lebensführung, und zwar schichtübergreifend. Insofern wäre es also zu kurz gegriffen, das gesellschaftliche Potenzial an Kindeswohlgefährdung *ausschließlich* mit klassischen Formen sozialer Deprivation in Verbindung zu bringen. Dagegen sprechen allein schon die empirischen Indizien zur Misshandlung von Kindern in Haushalten aus höheren sozialen Schichten. Zwar sind dort die „harten“ Formen von Kindeswohlgefährdung den verfügbaren Daten zufolge weniger verbreitet; immerhin ist das Phänomen des sexuellen Kindesmissbrauchs aber weitgehend schichtunspezifisch.<sup>20</sup>

Zudem gibt es Tendenzen sozialen Wandels, die zuvorderst die Mittelschichten betreffen und den Umgang mit Kindern nicht unberührt lassen dürften. Von der zeitgenössischen Sozialstrukturforschung beschriebene Phänomene wie Statusverluste und wachsende Mobilitätsanforderungen, ja vielleicht sogar eine Prekarisierung „gehobenen Typs“<sup>21</sup>, erhöhen das Stresspotenzial auch in Lebenswelten gebildeter und einkommensstärkerer Bevölkerungsgruppen signifikant. Obwohl die Studienlage zu den Folgen dieser neuen Verwundbarkeit dürftig ist, liegt es nahe, dass es manchen Familien nicht hinlänglich gelingt, solche Stresserfahrungen zu kompensieren. Folgt man Lehrbuchmeinungen aus der Sozialpsychologie, besteht

---

<sup>17</sup> Vgl. dazu etwa Schneewind & Schmidt (1999).

<sup>18</sup> So war im Jahr 2009 die Wahrscheinlichkeit, dass alleinerziehende Eltern eine Hilfe zur Erziehung in Anspruch nehmen mussten, dreimal so hoch wie bei Ehepaaren und Patchworkfamilien (Fendrich et al. 2011).

<sup>19</sup> So der Titel eines Werks eines der bekanntesten Vertreter der Individualisierungsthese (Beck 1997), der zufolge permanente Wahlfreiheiten (und -zwänge) gerade auch im Hinblick auf die Partnerwahl Kennzeichen zeitgenössischer Gesellschaften sind.

<sup>20</sup> Vgl. dazu die Angaben bei Häuser et al. (2011).

<sup>21</sup> Vgl. hierzu Sander (2011) sowie die Beiträge zu „Absteigern“ aus der Mitte in Castel & Dörre (2009).

stets die Gefahr, dass sie an den eigenen Kindern abreagiert werden oder die Kräfte versiegen, manifeste Sozialisationsbedürfnisse bei ihnen zu befriedigen.<sup>22</sup>

Stresserfahrungen dieser Art haben mithin einen – teilweise schichtenübergreifenden – *kulturellen* Hintergrund. Wenngleich normativ eingefärbten (konservativen) Zeitdiagnosen hier nicht das Wort geredet werden soll: Es erscheint offensichtlich, dass in westlichen Gegenwartsgesellschaften, verglichen mit den Nachkriegsjahrzehnten, insgesamt größere Räume für das Ausleben sozialer Differenz bestehen. Normen, die sich auf gesellschaftlich etablierte Lebensmodelle (Kleinfamilie, lebenslange Bindung, Unterstützungspflichten etc.) beziehen, haben einen weniger imperativen Charakter. Hintergrund sind in alle Schichten durchsickernde Enttraditionalisierungs- bzw. Individualisierungstendenzen – ein typischer Ausfluss gesellschaftlicher Modernisierung. In einer stärker „individualistischen“ Kultur der Lebensführung wird es möglich, soziale Ligaturen gegenüber individuellen Freiheitsansprüchen permanent abzuwägen.<sup>23</sup> Dieses Moment gesellschaftlicher Modernisierung eröffnet Kindern und ihren Eltern gewiss Emanzipationsspielräume (etwa im Hinblick auf die Möglichkeit entlastender Trennungen). Es verbreitert aber möglicherweise auch den Raum für ein Erziehungsverhalten, welches Bedürfnisse von Kindern vernachlässigt. Auffällig wird dies etwa im Verhalten von Vätern, die (nach Trennungen) Sorgepflichten gegenüber eigenen Kindern verletzen.<sup>24</sup>

Kurzum: Mit ihren sozialstrukturellen und kulturellen Dynamiken provoziert die Gegenwartsgesellschaft Kindeswohlgefährdung gleichsam im Selbstlauf. Sie bietet einem wachsenden Teil der unteren Schichten keine stabile Arbeitsmarktintegration, verweigert Bildungsschwachen immer kategorischer verlässliche Lebensplanungen, schafft Abstiegsängste in den Mittelschichten und macht familiäres Zusammenleben im Spannungsfeld von Optionenvielfalt und Alltagsorganisationszwängen allgemein krisenanfällig.

Dem zunehmenden Potenzial an Kindeswohlgefährdung steht nun aber gleichzeitig ein *wachsendes Bewusstsein für kindlichen Schutzbedarf* bzw. für die Bedeutung von entwicklungsschädigenden Lebensereignissen gegenüber. Auch diese Entwicklung hat zuvorderst eine *kulturelle* Dimension. Die im letzten, „sozialpädagogischen Jahrhundert“ (Rauschenbach 1999) deutlich gestiegene Sensibilität für die Folgewirkungen „pathologischer“ Sozialisationsprozesse – von der Gewaltan-

<sup>22</sup> Siehe allgemein etwa Rohrer-Werneck & Werneck (2000) oder Fegert & Spröber (2012).

<sup>23</sup> Diese Optionalität von Lebensentwürfen wird von verschiedenen Vertretern der sog. „Individualisierungsthese“ stark gemacht – ihr Ausmaß wird, soweit es um die Normalbevölkerung geht, häufig überschätzt, liegt aber sicherlich über den Verhältnissen etwa der 1950er und 1960er Jahre (vgl. zur diesbezüglichen Debatte Berger & Hitzler 2010).

<sup>24</sup> Indirekt ist das ablesbar an hohen Unterhalts(vorschuss)zahlungen seitens der öffentlichen Hand in Verbindung mit einem strategischen Vermeidungsverhalten bei Vätern (Scheiwe & Wersig 2011: 37–40).

wendung in der Erziehung bis zur Ignoranz gegenüber kindlichem Entwicklungsbedarf – mündet in zunehmenden gesellschaftlichen Erwartungen an die Sicherstellung basaler Entwicklungschancen, zur Not auch außerhalb der Primärfamilie. Damit einher geht bzw. ging lange Zeit ein Konsens über die Fähigkeit entsprechend geschulter Fachkräfte, durch bestimmte Interventionen in den privaten Lebensraum *systematisch* Einfluss auf Sozialisationsprozesse von Kindern zu nehmen – eine Aufgabe, die wesentlich der modernen Sozialarbeit übertragen wurde. Bei abstrakter Betrachtung entspricht dieser „Interventionsoptimismus“ einem allgemeinen kulturellen Rationalisierungsprozess, in dessen Verlauf Gesellschaften Gefahren (auch für die persönliche Entwicklung von Kindern) in wachsendem Maße menschlichen Entscheidungen zurechnen und somit in (politisch, organisational, professionell) bearbeitbare bzw. zu bearbeitende „Risiken“ transformieren.<sup>25</sup>

In der jüngeren Vergangenheit scheinen sich die genannten kulturellen Dynamiken zugespitzt zu haben. Zu beobachten ist *einerseits* die sich zunehmend globalisierende Durchsetzung der Grundrechtsidee.<sup>26</sup> Die Gewährleistung basaler Lebenschancen und damit verbundener Subsistenzansprüche avanciert zu einer Prinzipienfrage mit weltgesellschaftlichem Charakter. Körperliche Unversehrtheit, Zugänge zur Gesundheitsversorgung, der Schutz der „Wehrlosen“ vor Ausbeutungsgefahren und auch das Anrecht auf Primärbildung gelten in der Öffentlichkeit zumindest der westlichen Staatenwelt mittlerweile als unabdingbarer Bestandteil des gesellschaftlichen Wertehaushalts. Forderungen, diesen Werten Taten folgen zu lassen, stoßen auf ein weltweites Echo und werden heute auch von internationalen Organisationen immer neu auf die Tagesordnung gesetzt. Man könnte diesbezüglich von einer „Fundamentalisierung“ der Menschenrechte als einer „Konsequenz der Moderne“ (im Sinne von Giddens 1997) sprechen. Die darin zum Ausdruck kommende *normative Rationalisierung* scheint uns ein zentrales Moment des auf das Kinderschutzsystem einwirkenden sozialen Wandels. Die Respektierung des Chancengleichheitspostulats des bürgerlichen Gesellschaftsmodells wird beharrlicher eingefordert, und Funktionsträger des Gemeinwesens sehen sich der Erwartung gegenüber, diesbezüglich mit Hilfe *gezielter Interventionen* „auf Nummer sicher“ zu gehen. Auf Charakter und Reichweite dieses Kulturtrends wird unten noch näher einzugehen sein.

---

<sup>25</sup> Vgl. hierzu Luhmanns „Soziologie des Risikos“ (1991) sowie – bezogen auf die Kinderschutzdebatte – Wolff (2007).

<sup>26</sup> Die internationale Kinderrechtskonvention sowie die seit einiger Zeit in Deutschland geführte Debatte über die Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung sind nur die schillerndsten Ausprägungen dieses Trends. Weiter unten greifen wir – im Rahmen der Beschreibung dessen, was wir „neue Wohlfahrtstaatlichkeit“ nennen – diese Beobachtung nochmals auf.

*Andererseits* gelangt (auch) im Kinderschutz ein weiteres Moment gesellschaftlichen Wandels zur Geltung: nämlich eine Zuspitzung des säkularen Trends hin zur *technischen Rationalisierung* der Welt, welcher sich nicht zuletzt in der Verbreitung „positivistischer“ Lenkungsmethoden im Bereich sozialer Interventionen manifestiert. Bezogen auf unser Thema macht sich diese technische Rationalisierung in konkreten Politiken des zeitgenössischen Wohlfahrtsstaats bemerkbar – konkret etwa in Interventions- und Evaluationskonzepten, die auf „wirkungsorientierte Steuerung“ oder „evidence-based social work“ (Sommerfeld & Herzog 2005, siehe auch Beckmann et al. 2007) abstellen.<sup>27</sup> Man glaubt, alles Wesentliche messen, steuern und objektiv bewerten zu können: Problemlagen von Adressaten, Handlungsprozesse der Intervenierenden, und die Lebenssituation nach und in Folge von Interventionen. Auch darauf werden wir – unter Bezugnahme auf die konkrete wohlfahrtsstaatliche Agenda – weiter unten noch ausführlicher eingehen. An dieser Stelle kann aber festgehalten werden, dass der Weg der gesellschaftlichen Reaktion auf das Phänomen Kindeswohlgefährdung vorgezeichnet scheint: Im vorherrschenden Denken steht und fällt Kinderschutz mit der systematischen Durchsteuerung von Sozialisationsprozessen heranwachsender Menschen. Eine wachsende gesellschaftliche Problemsensibilität korrespondiert mit der Erwartung einer Perfektionierung problemkorrigierender Eingriffe, auch im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag.

---

## 2.2 Ein großes Ziel, verschlungene Wege: Die institutionelle Einbettung des Kinderschutzes in Deutschland

**Der gesellschaftliche Schutzauftrag** In den meisten Ländern der (westlichen) Welt genießt der Schutz des Nachwuchses heute höchste Priorität. Die Verabschiedung einer internationalen Kinderrechtskonvention, die Debatte um Kinderrechte in der deutschen Verfassung und nicht zuletzt der seit einiger Zeit augenfällige öffentliche Diskurs um den Wert kindlichen Humankapitals in Zeiten demographischen Wandels (Leitner & Jüttner 2010; von Hehl 2011) bringen eine historisch nie da gewesene symbolische Wertschätzung minderjähriger Bürger zum Ausdruck.<sup>28</sup>

---

<sup>27</sup> Beispiele aus dem Ausland – konkret z. B. der zunehmende Einfluss der „Neurowissenschaft“ im Rahmen (sozial)staatlicher Interventionsprogramme in England, der alles in dieser Hinsicht hierzulande Bekannte bei weitem in den Schatten stellt – deuten auf eine (anhaltende) markante Radikalisierung „objektivistischer“ Sozialtechnologien in westlichen Gesellschaften hin (vgl. Wastell & White 2012).

<sup>28</sup> Die Bedeutung, die Betreuungs- und Bildungsfragen in der publizistischen und politischen Öffentlichkeit einnehmen, deuten in eine ähnliche Richtung. Auf den „sozialinvestiven“ Charakter darauf bezogener Politiken gehen wir weiter unten noch näher ein.

Während hier eine große Sorge um die allgemeinen Sozialisationsbedingungen für Kinder erkennbar wird, ist der Schutzauftrag, auf den sich zeitgenössische Gesellschaften – v. a. ihre „handelnden Organe“ in Staat und Politik – gleichsam selbstverpflichten, in so mancher Hinsicht unscharf gehalten.

Generell erhebt die Gesellschaft für sich heute mehr denn je den Anspruch, die Sozialisationsbedingungen für Kinder aktiv (mit) zu gestalten. Sie überlässt sie nicht dem Markt und auch nicht der privaten Lebenswelt bzw. der Familie, vielmehr erhebt sie das Ziel einer „behüteten Kindheit“ zum gesellschaftlichen Universalanspruch (vgl. Bühler-Niederberger 2011). Deutlichster Ausdruck dieser Vorstellung vom „Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung“ (von Hehl 2011: 33–47) sind (seit langem) die Schulpflicht und die mit ihr verbundene relativ direkte öffentliche Gestaltung des Bildungsparcours; neuerdings intensiviert sich dieser Gestaltungsanspruch v. a. im Bereich der Kleinkinderbetreuung. Auf den außerschulischen Bereich (der Jugendarbeit allgemein) wird demgegenüber zwar weniger verbindlich eingewirkt, aber auch in diesen investiert der Staat beträchtliche öffentliche Ressourcen. Und für den Fall, dass es „ernst wird“ – dann, wenn elementare Bedrohungen des Kindeswohls diagnostiziert werden – gelten öffentliche Interventionen als zwingend geboten, nicht nur zum Schutz des leiblichen Lebens, sondern auch zur Gewährleistung einer allgemeineren Unversehrtheit kindlicher Existenz. Das darauf bezogene Interventionsfeld bildet heute das „Kerngeschäft“ der gesetzlich geregelten Kinder- und Jugendhilfe – mit ihr existiert eine festes Ensemble von Instanzen, an das (nahezu) sämtliche Zuständigkeiten und Rechenschaftspflichten delegiert werden können.

Gewiss: Der entsprechende Interventionsauftrag erscheint in vielerlei Hinsicht unbestimmt. So sehr sich eine hoch entwickelte Gesellschaft wie die deutsche Kinderschutz auf die Fahnen schreibt, so wenig kann sie von vornherein festlegen, wann und wie im Einzelnen zu intervenieren ist. Manche Bereiche, in denen bestehende Sozialisationsbedingungen das Kindeswohl potenziell gefährden, bleiben ohnehin ausgeklammert: Gegenüber rein materiellen Notlagen bleibt die Gesellschaft solange indifferent, wie eine formal definierte Schwelle (der Grundsicherungsbedarf) nicht unterschritten wird. Das Gefährdungspotenzial von Kinderarmut – die sich seit geraumer Zeit auf erhöhtem Niveau bewegt – reicht *als solches* nicht aus, um flächendeckende, öffentlich verantwortete Interventionen zu begründen. Dies gilt ungeachtet des Umstands, dass es im Zuge verfassungsrechtlicher Auseinandersetzungen um materielle Mindestsicherungsansprüche von Aufwachsenden in Gestalt des sog. Bildungspakets zuletzt Anstrengungen gegeben hat, mehr Ressourcen gegen die Folgen starker sozialer Deprivation im Kindesalter einzusetzen.

Zudem konkurriert – und auch das werden wir im Weiteren noch ausführlicher erörtern – der Kinderschutzauftrag, zumal wenn keine elementaren Gefährdun-

gen des Kindeswohls vorliegen, mit anderen als schützenswert geltenden Gütern und Zuständen – allen voran: der familiären Privatsphäre und der elterlichen Erziehungshoheit. Kommt es zur Krise, wird gerade im deutschen Kontext penibel darauf geachtet, ob eine akute körperliche Bedrohung oder fundamentale Vernachlässigung von Kindern vorliegt. Nur bei eindeutigen Diagnosen in diese Richtung verliert die Familie ihr Prärogativ, als primäre Sozialisationsinstanz für Kinder zu wirken. Ansonsten wird auf die (eventuell unterstützten bzw. angeleiteten) Selbstheilungskräfte des lebensweltlichen Sozialisationskontextes gesetzt.

Insofern zeigen sich bezüglich der Leistungspotenziale des Kinderschutzsystems gerade im Rahmen des im Vorhergehenden skizzierten gesellschaftlichen Kontexts strukturelle Grenzen. Hinzu kommt, dass der sporadisch intervenierende Eingriff von außen in bestehende familiäre Lebenskonstellationen – die ihrerseits (wie gesehen) von mächtigen sozialen Wirkkräften (Enttraditionalisierung, soziale Marginalisierung etc.) beeinflusst werden – nur unter günstigen Umständen problemlösend bzw. nachhaltig wirken kann. Das Kinderschutzsystem mag Katastrophen verhindern und Beiträge zur Befriedung von Familienbeziehungen bzw. De-Eskalierung problematischer Sozialisationsperioden leisten. Aber die Problemlösungsfähigkeit der organisierten Jugendhilfe wird seit ihren Anfängen – sowohl hinsichtlich von Planungs- und Kontrolloptionen als auch bezüglich der „Therapiekompetenz“ bei den Intervenierenden – notorisch überschätzt; und nicht zuletzt durch die Doppelagenda des Kinderschutzes (Hilfe und Kontrolle) gibt es stets systemimmanente Barrieren für nachhaltiges „soziales Empowerment“<sup>29</sup>.

Und dennoch: Nicht nur die deutsche Gesellschaft verfolgt das „große Ziel“ der Vermeidung von Kindeswohlgefährdung *normativ* ohne Abstriche. Sie setzt zu dessen Verwirklichung ein voluminöses, hoch detailliertes Regelwerk ein und insinuiert auf diese Weise, bedrohte Kinder niemals ihrem Schicksal zu überlassen. Der gesellschaftliche Schutzauftrag kennt keine Grenzen.

**Institutionen des Kinderschutzes und ihre sozialpolitische Programmierung** Wenn man den Institutionenbegriff – wie in der Soziologie üblich – auf generalisierte Regeln einerseits sowie auf mit spezifischen Funktionen versehene Instanzen (Einrichtungen) andererseits bezieht, kommt man nicht umhin, Kinderschutz als hochgradig institutionalisierte Sphäre moderner Gesellschaften

---

<sup>29</sup> Verstanden als beharrliche, konsequente Investition in die Fähigkeit von unter prekären Bedingungen lebenden Personen, in verschiedenen Sozialsphären „Normalisierungen“ zu erreichen und dabei eine eigene Urteils- und Kritikfähigkeit im Hinblick auf die eigene Lebenswelt zu entwickeln (vgl. Herriger 2006).



zu begreifen.<sup>30</sup> Anders gewendet: Kinderschutz lebt von *starken Institutionen*, die – verglichen mit anderen Bereichen öffentlicher Interventionen wie etwa der Wirtschafts- oder Kulturförderung – extensiv reguliert sind und einen besonders weitreichenden „Eingriffscharakter“ haben (können).

Der Begriff des *Kinderschutzes* steht heute für ein Ensemble von Aktivitäten, von denen die meisten nicht nur gesellschaftsweit für selbstverständlich gehalten werden, sondern hochgradig verregelt sind und von eigenen Spezialinstanzen unter Kontrolle gehalten werden (sollen). Gewiss gibt es dabei auch schwach bzw. nur umwegig institutionalisierte Interventionen, etwa von Seiten zivilgesellschaftlicher Hilfsprojekte oder in Gestalt schlichter Appelle an die Aufmerksamkeit von potenziellen „Laienmeldern“. Im organisierten Kinderschutz sind solche Aktivitäten allerdings kaum mehr als Beiwerk.

Institutionalisierte Interventionen in die Lebenswelt gefährdeter Kinder, gleich ob sie auf (für alle Individuen gegebene) „Normalrisiken“ privater Lebensführung oder auf pathologische Folgen der o.g. sozialstrukturellen Dynamiken reagieren, gelten als Teil dessen, was gemeinhin als *Sozialpolitik* bezeichnet wird. Sozialpolitik ist im Grunde ein Sammelbegriff für Instrumentarien, mit denen Gesellschaften regulierend auf sich selbst einwirken wollen – in der Regel mit dem Ziel, die Lebensverhältnisse der Bürger bzw. einzelner Bevölkerungsgruppen so zu beeinflussen, dass diese bestimmten, allgemein akzeptierten Normalvorstellungen nahe (oder näher) kommen (Bode 2013a: 25 f).

Grundlegend für sozialpolitische Reglements sind nicht nur Funktionserfordernisse der modernen Gesellschaft (z. B. geregelte Konfliktaustragung oder arbeitsteilige soziale Reproduktion), sondern auch spezifische (historisch gewachsene) *normative Skripte*.<sup>31</sup> Im Kontext Kinderschutz geht es dabei im Kern um Mindest-

---

<sup>30</sup> Der Begriff der *Institution* ist für die (sozialwissenschaftliche) Gesellschaftsanalyse traditionell von zentraler Bedeutung (im Überblick Schülein 1987; Rehberg 1994; Scott 2001). Er hat indes viele Facetten, weil er sowohl die „ungeschriebenen Gesetze“ sozialer Ordnungen als auch gesellschaftliche Einrichtungen adressiert, die in einem gegebenen Gemeinwesen einen festen Ort haben und an die gesamtgesellschaftlich weitgehend einheitliche (wenngleich oft grobe) Leistungserwartungen adressiert werden. Beim (modernen) Kinderschutz kommt beides ins Spiel: eine (jedem Gesetz vorgängige) Erwartungshaltung, die das Gemeinwesen zum Intervenieren bewegt, sobald bestimmte Grundvoraussetzungen für das Kindeswohl nicht gegeben sind; und die Befassung von konkreten, öffentlich bzw. gesetzlich regulierten und rechenschaftspflichtigen Einrichtungen mit diesem Interventionsbedarf, allen voran Instanzen der Jugendhilfe bzw. Jugendämter.

<sup>31</sup> In der Theorie des Wohlfahrtsstaats wird bezüglich der entsprechenden institutionellen Entwicklungsdynamiken verwiesen auf „the deployment of systems of ideas, including scientific ideas as well as political or moral ideologies“ (Rueschemeyer & Skocpol 1996: 4). Franz-Xaver Kaufmann (1997: 41) fasst dieses Verständnis von den Wurzeln wohlfahrtsstaatlicher Normen treffend mit der Bemerkung zusammen, dass der rein „pragmatische Nutzen von

bedingungen für das „normale“ Aufwachsen von Minderjährigen einschließlich der Sicherstellung bzw. Wiederherstellung körperlicher und psychischer Unversehrtheit. Den Rahmen für diese basale Orientierung bildet ein weiter Kranz von Normorientierungen: Der Schutz von schwachen, wehrlosen, als unschuldig geltenden Personen (wie es Kinder sind) steht im Zentrum des sozialpolitisch formulierten Interventionsauftrags, aber dieser Auftrag ist verwoben mit weiteren normativen Vorgaben verschiedenster Art (z. B. dem Prinzip der Gewaltfreiheit im zwischenmenschlichen Umgang, der Wertschätzung für elterliche Selbstbestimmung, bestehenden Erwartungen an sozialen Lastenausgleich u. v. m.).

Rekurriert man auf die (mittlerweile) klassische Typologie sozialpolitischer Interventionsformen von Kaufmann (2009: 71 ff), so geht es bei diesem Interventionsauftrag nicht in erster Linie – wie sonst vielfach in der Sozialpolitik – um Einkommens(ersatz)leistungen in monetärer Form. Stattdessen kommen hauptsächlich *Dienstleistungen* zum Einsatz, die auf eine „direkte Erhöhung der Handlungsfähigkeit [der Individuen, Anm. d. Autoren] durch bildende, beratende, rehabilitative oder informative Anstrengungen“ abzielen. Kaufmann spricht hier von einer „pädagogischen Interventionsform“. Verschränkt ist dieser Eingriff mit Maßnahmen zur Verbesserung der materiell-räumlichen Lebensumwelt der Gesellschaftsmitglieder – diese begreift er als „ökologische Interventionsform“ (ders.: 96 ff). Sozialpolitik im Kinderschutz ist also vom Grundansatz her oft „erziehend“<sup>32</sup> und zugleich vergleichsweise stark mit der Lebensumwelt der Adressaten verwoben bzw. in diese eingebettet. Kurzum: Sie hat zuvorderst *pädagogisch-ökologische Dimensionen*.

Als zentrales Erzwingungsinstrument (auch) einer solchen Sozialpolitik kann dabei das moderne *Recht* gelten. Kaufmann stellt in seiner Typologie der Interventionsformen darauf ab, dass Sozialpolitik auf den rechtlichen Status von Personen gerichtete Dispositive beinhaltet und auch voraussetzt (ders.: 90). Hinsichtlich des modernen Kinderschutzes impliziert dies, dass mit Hilfe des Rechts angestrebt wird, die o.g. Schutzziele und darauf bezogene Interventionsmöglichkeiten flächendeckend zu *garantieren*. Im dritten Kapitel werden wir dies ausführlich analysieren – an dieser Stelle geht es lediglich darum, das Instrumentarium grob zu

---

Einzelmaßnahmen ohne normatives Fundament an Wertüberzeugungen nicht [ausreicht], um der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung die ihr eigene Richtung zu geben“.

<sup>32</sup> Dabei kann der Erziehungscharakter unterschiedlich ausgestaltet sein: Die in der aktuellen Literatur zur (sog.) gouvernementalistischen Orientierung sozialer Interventionen (Stichwort: „aktivierende“ Soziale Arbeit; vgl. z. B. Dahme & Wohlfahrt 2003; Kessl 2005) beobachteten autoritären Tendenzen (siehe die Ausführungen weiter unten) wären damit eine Variation des pädagogischen Eingriffs, aber keinesfalls ein neuer Modus der genannten Interventionsform.

umreißen, mit dem die moderne Sozialpolitik das „große Ziel“ Kinderschutz auf dem Wege rechtlicher Regulierung verfolgen möchte.

Auffällig ist der Umstand, dass dieser Weg über *mehrere Stufen und verschiedene Kanäle* verläuft. Wie im modernen Rechtssystem üblich, sind Grundregeln mit Verfassungsrang konstitutiv für Ausführungsbestimmungen in gegenstandsbezogenen Gesetzeskörpern. Das Grundgesetz regelt Basales, die für die Protagonisten des Kinderschutzsystems instruktiveren Normen stehen anderswo – v. a. im Sozialgesetzbuch (SGB). Allerdings: Letztere finden sich an verschiedenen Stellen und weisen dabei einen je spezifischen Zuschnitt auf. Die Fokalakteure des Systems – Jugendämter und Träger von unmittelbar kinderschutzbezogenen Interventionen – unterliegen dem Recht der Kinder- und Jugendhilfe, das maßgeblich im SGB VIII niedergelegt ist. Für Akteure des Gesundheitswesens, die im fraglichen System eher Nebenrollen (z. B. als „Melder“ oder Gutachter) spielen, gilt dagegen mit dem SGB V ein anderes Regelwerk. Einige Vorgaben entstammen überdies Normkatalogen, die außerhalb des Sozialgesetzbuches abgelegt sind. Zusätzliche Komplexität schafft der Umstand, dass die am Kinderschutz Beteiligten vielfach abgeleitetem Recht unterliegen – sprich: Bestimmungen, die in Verträgen z. B. zwischen Kostenträgern und Leistungserbringern festgelegt werden. Unterscheiden muss man ferner Regelungen zu Verfahren im Kinderschutz (Interventionen und deren Planung, Gerichtsanhörungen und deren Konsequenzen etc.) von solchen, die die materielle Infrastruktur des Kinderschutzes (Zuschnitt von Ämtern, Trägern und Einrichtungen) betreffen und dabei auch basale Zuständigkeitsfragen regeln. Teilweise sind diese infrastrukturellen Grundlagen allgemeiner Art, also nicht kinderschutzspezifisch, sondern verankert im Institutionengefüge des (dienstleistenden) Wohlfahrtsstaats: Sie betreffen etwa Trägerstrukturen, Finanzierungstechniken, Routinen der Rechenschaftslegung etc. und werden dem sog. Leistungserbringerrecht zugeordnet.

Schon dieser (hier noch) abstrakte und grobschlächtige Blick auf die sozialpolitisch instruierte Rechtsbasis des Kinderschutzsystems führt vor Augen, dass die institutionelle Einbettung des organisierten Kinderschutzes gewissermaßen eine „Welt für sich“ verkörpert, in der vieles ineinander greift, aber oft auch nur nebeneinander her läuft. Zu unbestimmten Rechtsbegriffen gesellen sich konkurrierende Schutzziele, diverse Rechtsquellen sowie artverschiedene Instanzen mit durch Rechtsnormen je unterschiedlich definierten Haupt- und Nebenrollen (dazu mehr in Kap. 3). Mehr noch: Hinter diesen Normen verbergen sich diverse Regulierungskulturen und viele *ungeschriebene* Gesetze. Hinzu kommen je spezifische Orientierungsmuster auf der Ebene von einzelnen Organisationen bzw. Trägern und der mit Kinderschutz in Berührung kommenden Berufsgruppen – auch dazu folgen unten weitere Ausführungen. Eines ist allerdings schnell erkennbar: Die deutsche

Gesellschaft verfolgt das o.g. „große Ziel“ – nämlich die Vermeidung bzw. Behebung von Kindeswohlgefährdung – *auf verschlungenen Wegen*.

**Neue Wohlfahrtsstaatlichkeit und gesamtgesellschaftliche Modernisierungsdynamiken als Kontext des Kinderschutzsystems** Aktivitäten im Kinderschutz bewegen sich – so wie die Sozialpolitik allgemein – nicht im luftleeren Raum. Vielmehr korrespondieren sie mit aktuellen Entwicklungsdynamiken im Wohlfahrtsstaat, welche auf die Gestalt(ung) der für den Kinderschutz relevanten Infrastruktur einwirken und ihrerseits auf Prozesse gesellschaftlicher Modernisierung verweisen – also auf einen Wandel, bei dem eine permanente Anpassung bestimmter sozialer Tatbestände (Kognitionen, Strukturen, Normen) an sich verändernde andere Tatbestände (technischer, aber auch kultureller Art) stattfindet.<sup>33</sup> In der Einleitung haben wir bereits jene Modernisierungsdynamiken kurz benannt, von denen angenommen werden kann, dass sie die Praxis des Kinderschutzes – über die ganze Spannweite der relevanten Aktivitäten hinweg, also von der Rechtssetzung bis zum Eingriff in den privaten (familiären) Raum – nicht unberührt lassen. Der durch diese Dynamiken generierte „Außeneinfluss“ auf das Kinderschutzsystem gelangt ungeachtet des Umstands zur Geltung, dass auch von diesem System selbst stets Impulse zur Weiterentwicklung seiner eigenen Interventionen ausgehen.

Wir wollen das Umfeld, in dem sich zeitgenössische Interventionen des Kinderschutzes bewegen, nachfolgend mit groben Strichen konturieren und mit allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen in Verbindung bringen. Es geht dabei zunächst um das, was man – in Anlehnung an die jüngere Fachdiskussion zur Transformation sozialstaatlicher Institutionen (für viele: Lück & Czada 2004; Lessenich 2008; Trampusch 2009; Bach 2012, hier Abschnitt III) – als „neue Wohlfahrtsstaatlichkeit“<sup>34</sup> bezeichnen könnte. Wesentlich ist dabei die Beobachtung, dass die gegenwärtige Transformation des Wohlfahrtsstaats einen widersprüchlichen Charakter aufweist: Momenten, die auf eine weitere „Zivilisierung“ von Wohlfahrtsstaatlichkeit bzw. die *Erweiterung* von Schutzrechten und grund-

<sup>33</sup> So verwendet ist der Modernisierungsbegriff *neutral* im Hinblick auf die Frage, wo und inwieweit faktische gesellschaftliche (institutionelle) Veränderungen dem entsprechen, was Menschen bezüglich ihrer Lebensumstände (kollektiv) anstreben (z. B. mehr Freiheit). Die soziologische Theorie diskutiert Modernisierungsprozesse sehr kontrovers – wobei jüngere Spielarten v. a. darauf abstellen, dass sie widersprüchlich und spannungsgeladen verlaufen (vgl. etwa Degele & Dries 2005, mit Blick auf Paradoxien van der Loo & van Reijen 1992).

<sup>34</sup> Der Begriff steht hier als Chiffre für die nachfolgend skizzierte Verlagerung normativer Orientierungen und institutioneller Impulse mit Bezug auf die Infrastruktur des Wohlfahrtsstaats und jene Akteure, die in ihr wirken. In der Fachliteratur findet er vereinzelt Verwendung (z. B. Schridde 2003, mit Bezug auf eine neue infrastrukturelle Aufgabenverteilung); er ist jedoch (noch) kein etablierter *terminus technicus* der Sozialpolitikforschung.

legenden Fürsorgeansprüchen verweisen, stehen Dynamiken gegenüber, die zur Folge haben, dass emanzipatorische, auf „soziales Empowerment“ gerichtete, Interventionsansprüche des Wohlfahrtsstaats zurückgenommen werden und umverteilende, die materiellen Lebensbedingungen sozial deprivierter Bevölkerungsschichten potenziell entschärfende, Unterstützungsprogramme *enger* geführt werden.

Betrachtet man die Details, so fallen heute *einerseits* wohlfahrtsstaatliche Innovationen ins Auge, die die oben bereits umrissene Agenda einer Fundamentalisierung von Menschenrechten aufgreifen und Ansprüche auf „Basisfürsorge“ betonen. Aktuelle sozialpolitische Programme verweisen in der Tat auf die Radikalisierung von Erwartungen an die Schaffung basaler menschlicher Entfaltungsmöglichkeiten, v. a. dort, wo es um strukturelle (z. B. physische) Beeinträchtigungen von Menschen sowie um Bildungspotenziale (im weitesten Sinne) geht. Trotz bestimmter Ambivalenzen (s. u.) verkörpert diese Entwicklung heute eine Transformationsbewegung *sui generis*. Darauf verweisen jedenfalls (nicht nur in Deutschland) die Erweiterung oder Akzentuierung bestimmter, mit der Wahrung bzw. Herstellung von Menschenwürde assoziierter, Unterstützungsansprüche etwa für Behinderte bzw. gesundheitlich Beeinträchtigte, die unter dem Stichwort „Inklusion“ firmieren. Die markante Aufwertung des Topos „Bildungsgerechtigkeit“ kann ebenfalls als Ausdruck der Grundrechtsagenda interpretiert werden.<sup>35</sup> Aktuelle Auseinandersetzungen um stärkere gesellschaftliche Investitionen in das Kinderbetreuungssystem – nicht zuletzt mit Blick auf Unterschichtsfamilien – weisen in eine ähnliche Richtung. Die entsprechenden normativen Erwartungen an den Wohlfahrtsstaat werden selbst dort politikrelevant, wo gleichzeitig *Entstaatlichung* stattfindet, also der Marktgedanke und damit verbunden eher für wachsende soziale *Differenzierung* sorgende Wahloptionen eine zunehmende Rolle spielen (Bode 2012a).<sup>36</sup>

Die beschriebene Entwicklung scheint dabei Bestandteil einer globalen Dynamik, die sich als „welfare internationalism“ (Meyer 2005; Leisering 2007) länderübergreifend Geltung verschafft. In diesem Kontext bewegt sich auch die UN-Kinderrechtskonvention (s. dazu Kap. 3), die – wie die o.g. Inklusions- oder Kinderbetreuungspolitik – im Kontext nationaler Wohlfahrtsstaatlichkeit durchaus ihre Spuren hinterlässt. Nicht zuletzt die Debatte um die Aufnahme von Kinderschutzrechten in die Verfassung zeigt, dass es in der Gegenwartsgesellschaft hohe Erwartungen an die Sicherung basaler Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche

<sup>35</sup> Diskursiv werden beide Emanzipationsagenden z. T. auch vereint behandelt (siehe etwa Reich 2012).

<sup>36</sup> Ein typisches Beispiel (jenseits der Kinder- und Jugendhilfe) sind Innovationen wie das „persönliche Budget“ in der Behindertenhilfe, das die Zuständigkeit für die Gestaltung sozialer Hilfen in die Hände der individuellen Nutzer legt, wodurch deren je *unterschiedlichen* Kompetenzen und Neigungen den Ausschlag über den Charakter der Hilfen geben.

gibt und dementsprechend Druck auf wohlfahrtsstaatliches Handeln im Kinderschutz ausgeübt wird.

Allerdings überlagern sich die beschriebenen Tendenzen mit etwas, was man als „humankapitalfokussierte Aktivierungsstrategie“ bezeichnen könnte. Vor dem Hintergrund des allgemeinen Legitimationsverlusts redistributiver Sozialpolitik (also von Programmen, die die soziale Ungleichheit auf der Ebene von Wohlfahrtsoutcomes korrigieren) verlagert sich der Schwerpunkt öffentlich verantworteter Interventionen auf Maßnahmen, die die (Arbeits-)Marktfähigkeit der Menschen stärken sollen. Das Aktivierungskonzept ist seit der Jahrtausendwende zu einem einflussreichen sozialpolitischen Paradigma avanciert (Dahme & Wohlfahrt 2003; Buhr 2009; Dingeldey 2011). Für dieses Paradigma ist die Vorstellung grundlegend, dass es in der Gegenwartsgesellschaft hauptsächlich darum gehen soll(te), Adressaten wohlfahrtsstaatlicher Programme zu befähigen, die sich am Arbeits- und Bildungsmarkt ergebenden Gelegenheiten eigeninitiativ aufzugreifen. Gleichzeitig sollen sozialpolitische Institutionen weniger dafür in Anspruch genommen werden, die *Ergebnisse* der Wahrnehmung dieser Gelegenheiten, also etwa Ungleichheiten bei der Einkommensverteilung oder den Möglichkeiten persönlicher Selbstentfaltung, zu korrigieren. Allgemein harmonisiert die darin zum Ausdruck kommende wachsende Marktorientierung westlicher Wohlfahrtsstaaten mit Individualisierungstendenzen in größeren Teilen der Mittelschichten; diese begreifen in verschiedenen Lebenssphären das freie Spiel von Angebot und Nachfrage bzw. damit verbundene Wahloptionen nach Maßgabe gegebener Marktpositionen verstärkt als (für sich) gewinnbringend.<sup>37</sup> Sie harmonisiert ferner mit den Ordnungsvorstellungen wirtschaftsnaher Eliten, die während der letzten Jahrzehnte in vielen Fragen der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung eine Diskurshegemonie erlangt haben und die Engführung der Wohlfahrtsproduktion abseits des Marktes fordern (Bode 2013a: 331 ff). Nicht zuletzt die Abschmelzung von sozialstaatlichen Programmen, die den Markteinfluss auf Lebenschancen begrenzen, ist Ausdruck dieser Agenda (ein besonders markantes Beispiel in Deutschland ist Hartz IV).

Der gemeinsame Nenner, auf den sich heute maßgebliche gesellschaftliche Gruppen einigen können, ist der des „sozialinvestiven“ Wohlfahrtsstaats, der v. a. dann interveniert, wenn es um die Steigerung von Marktfähigkeit geht – also etwa nicht zu Gunsten einkommensschwacher Frührentner, sondern v. a. für (sozial be-

<sup>37</sup> Etwa beim persönlichen Zuschnitt von Arrangements der sozialen Absicherung oder auch bei der Selbstgestaltung von Dienstleistungsangeboten (z. B. im Bildungssystem), verbunden mit der (faktischen) Begrenzung solcher Angebote auf sozial homogenere Kollektive. Dies geschieht etwa dort, wo der Zugang zu Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen (mit kommunalpolitischer Unterstützung) so (re)organisiert wird, dass die Bessergestellten unter sich bleiben bzw. erweiterte Wahloptionen wahrnehmen können.

nachteiligte) Kinder, deren *Ausgangschancen* auf hochkompetitiven Arbeitsmärkten verbessert werden sollen. Symptomatisch für diesen Quasi-Konsens war die Debatte um die Hartz IV-Reform in den Jahren 2009 und 2010: In den vorherrschenden politischen Diskursen ging es in erster Linie darum, aktuelle Armutsprobleme im Hinblick auf die Folgen für Kinder anzugehen und Instrumente zu schaffen, mit denen diese selbst – und nicht ihre Eltern (denen verbreitet „Missbrauch“ bei der Nutzung höherer Regelzuschläge unterstellt wurde) – gefördert werden. Die Debatte zum Sozialinvestitionsstaat (siehe Evers 2008; Kersbergen & Hemerijck 2012) zeigt die Relevanz von Konzepten, die den Energiehaushalt des Wohlfahrtsstaats auf den gesellschaftlichen Nachwuchs konzentrieren wollen (Olk 2007; Fangmeyer 2011; von Hehl 2011). Sie kann damit durchaus als Triebkraft für die Ausweitung präventiver Kinderschutzprogramme verstanden werden, während eine ausgedehntere materielle Förderung von Eltern in prekären Lebenslagen sehr viel weniger „angesagt“ scheint.

Ein weiteres wesentliches Kennzeichen der neuen Wohlfahrtsstaatlichkeit ist *andererseits*, dass all jene Interventionen, die die zeitgenössische Sozialpolitik effektiv verfolgen will, „perfekt“ durchgesteuert werden sollen. Mit anderen Worten: Der Trend verläuft in Richtung „*Kontrollperfektionismus*“. Das zeigt sich auch und gerade dann, wenn es um den Schutz von Aufwachsenden geht: Die Funktionsträger des Kinderschutzsystems sollen ihre Tätigkeiten (in unserem Fall v. a. Eingriffe helfender Berufe) nicht nur ausnahmslos nach dem höchsten „Stand des Wissens“ gestalten, sondern umfassende Ergebnisprüfungen durchführen, um zu gewährleisten, dass dabei „nichts schief geht“. Jeglicher Art von idiosynkratischem bzw. „selbstherrlichem“ Interventionshandeln auf Seiten der Beteiligten soll ein Riegel vorgeschoben werden.

Der Trend zum Kontrollperfektionismus hat weitere Facetten. Er manifestiert sich wenigstens streckenweise auch in dem, was seit einiger Zeit unter dem Stichwort „Gouvernementalität“ diskutiert wird (vgl. etwa Lemke 2007 oder Kessl 2011). In der entsprechenden Diskussion wird die Durchsetzung eines Kontrollparadigmas beobachtet, mit dem Adressaten von Unterstützungssystemen auf bestimmte Verhaltensweisen hin orientiert werden (sollen). *De facto* geht es dabei um die – traditionell eher in der Debatte um die Kontrollfunktion sozialer (und medizinischer) Professionen diskutierte – Frage der Herstellung von Konformität. Im Jargon der neueren Gouvernementalitätsdebatte wird dies u. a. unter dem Stichwort „Sozialdisziplinierung“ verhandelt (Groenemeyer & Rosenbauer 2010: 66). Zwar mussten Nutzer wohlfahrtsstaatlicher Leistungen schon immer Bedingungen erfüllen und deren Erfüllung auch nachweisen (durch Krankheitsatteste, in Form der Akzeptanz vorgegebener Angebote, etc.); auch ist die Erwartung von Konformität in Humandienstleistungssystemen seit deren Anfängen eine Grundvoraussetzung für Unterstützungsmaßnahmen, im medizinischen, aber auch im sozialarbeits-



rischen Kontext (vgl. z. B. Peters & Cremer-Schäfer 1975). Wenigstens was den interventionsbegleitenden Diskurs betrifft – teilweise aber auch im Hinblick auf die Konditionalität wohlfahrtsstaatlicher Unterstützungsleistungen (besonders im Bereich der Grundsicherung) – scheint die Konformitätserwartung gegenüber den Verhältnissen der 1970er und 1980er Jahre heute jedoch markanter ausgeprägt (Behrend 2008). Entsprechende Beobachtungen finden sich auch in der der Literatur zur Jugendhilfe (siehe etwa Wohlgemuth 2009 oder Lutz 2010). Allerdings ist es empirisch eine weitgehend offene Frage, wie weit sich die Gouvernamentalitätsagenda in der organisationalen Programmierung sowie im praktischen Interventionshandeln des Kinderschutzsystems bemerkbar macht.

Auch das administrative Instrumentarium, mit dem der zeitgenössische Wohlfahrtsstaat agiert, verweist auf eine deutliche Tendenz in Richtung Kontrollperfektionismus. Dieses Instrumentarium ist heute vielfach von dem geprägt, was in der entsprechenden Fachdiskussion mit dem Begriff des „Managerialismus“ (Edwards 1998; Kirkpatrick et al. 2005; Dey 2010) belegt wird. Dabei geht es um Umstellungen bei der Organisation wohlfahrtsstaatlicher Leistungserbringung im Zuge von Programmen der Verwaltungsmodernisierung (bzw. der „Neuen Steuerung“). Im Zentrum steht die Ausweitung numerischer Prozesskontrolle. Das entsprechende Modernisierungsparadigma ist Teil einer internationalen Bewegung hin zum sog. „New Public Management“, dessen Stoßrichtung einem affirmativen Rekurs auf Organisations- und Lenkungsmodelle aus der Privatwirtschaft folgt. In Deutschland spricht man diesbezüglich vom „Neuen Steuerungsmodell“.<sup>38</sup>

Im Bereich sozialer Dienstleistungen zeigen sich die entsprechenden Impulse zunächst in Gestalt „positivistischer“ Planungs- und Evaluationskonzepte: Nur das, was nachweisbar (zahlenmäßig messbar) Folgen hat, gilt als legitim. Die Dienstleistungen werden Gegenstand einer „wirkungsorientierten Steuerung“; professionelle Interventionen mit dem Ziel, Menschen in prekären Situationen in „normale“ Lebensverhältnisse zurück zu begleiten, sollen sich an Standards der „evidence-based social work“ orientieren.<sup>39</sup> Der Begriff „Managerialismus“ verweist hier auf die Rolle eines permanent kontrollierenden Führungsapparats und die sukzessive

<sup>38</sup> Wesentliche Initiativen in diese Richtung sind Anfang der 1990er Jahre seitens einer speziellen Arbeitsgruppe von Kommunalverwaltungsexperten ergriffen worden (hier wurde auch der Begriff der „Neuen Steuerung“ geprägt). Deren Umbauempfehlungen haben in Praxis und Wissenschaft durchaus „Schule gemacht“, wenngleich sie in unterschiedlich starkem Maße umgesetzt worden sind (vgl. Göbel & Vogel 2010; Grohs & Bogumil 2011; Bode 2013a: 234 ff.). In der aktuellen Fachdiskussion wird oft behauptet, dass besagtes Modernisierungsprogramm mittlerweile ein Auslaufmodell sei (vgl. etwa Wegrich 2011) – wie weit dies tatsächlich der Fall ist, können jedoch nur empirische Studien klären.

<sup>39</sup> Vgl. Polutta (2011) und Gray et al. (2009).



Verselbstständigung der Managementfunktion in wohlfahrtsstaatlichen Organisationszusammenhängen. Diese kommt beispielsweise in kennzifferbasierten Verfahren der Planung, Erfolgsbewertung und Produzentenvergütung oder im akribischen Monitoring sowie einer darauf basierenden Feinsteuerung aller wesentlichen Interventionen durch den Führungsapparat einer Organisation oder einen Auftragsgeber zum Ausdruck. Diese Verfahren berühren auch die Art und Weise der Interaktion mit Adressaten, beispielsweise durch detaillierte wenn-dann-Vorschriften oder computerisierte Arbeitsroutinen, bei denen automatisierte Diagnosen mit unmittelbaren Handlungsaufträgen verknüpft werden. Dabei ist unerheblich, ob die Interventionsprozesse tatsächlich einer solchen Steuerung zugänglich sind: Inwieweit das in Humandienstleistungen strukturell angelegte Technologiedefizit (s. o.) sowie die Komplexität der Wirkungsprozesse es technisch unmöglich machen, eine Zustandsveränderung (Outcome) ursächlich mit einzelnen Interventionen (Inputs) in Verbindung zu bringen, wird kaum reflektiert.<sup>40</sup>

Im Rahmen eines solchen Steuerungsansatzes soll der managerielle Zugriff auf die Interventionen auch dadurch perfektioniert werden, dass *marktförmige Sanktionsmechanismen* die traditionellen bürokratischen Lenkungsformen ergänzen (vgl. im Überblick Bode 2013a: 234 ff). Bei Interventionen des Kinderschuttsystems kann sich das in verschiedenen Steuerungsinstrumenten manifestieren (Bode 2012b): *Innerhalb* von Trägerorganisationen geht es um die Simulierung von Wettbewerbsbeziehungen in der Weise, dass Abteilungen einem internen Benchmarking ausgesetzt oder Vergütungen gezahlt werden, die von Ergebnissen (nicht zwingend von effektiven Leistungen) abhängen und potenziell konkurrenzziell organisiert sind (das Mehr an Vergütung für die Erfolgreichen korrespondiert mit einem Weniger für die anderen).<sup>41</sup> Einrichtungsextern greift wettbewerbliche Steuerung dann, wenn *interorganisationale* Beziehungen zwischen Kostenträgern und Leistungserbringern, also z. B. zwischen Jugendamt und einem Anbieter von sozialpädagogischen Familienhilfen, *quasi*-marktförmig ausgestaltet sind. Dies ist etwa dort der Fall, wo das wirtschaftliche Risiko auf Leistungserbringer verlagert wird, denen bei unsicherer Nachfrage bzw. bei einem Marktüberangebot vom Kostenträger (z. B. einem Jugendamt) ausschließlich Leistungsentgelte (gleichsam Fall-

---

<sup>40</sup> Ob also die Stabilisierung (oder weitere Destabilisierung) einer Familie bzw. der Lebenslage eines Kindes mit einer bestimmten Maßnahme (z. B. einer sozialpädagogischen Familienhilfe) zusammenhängt *oder aber* mit familieninternen Bewegungen bzw. (un)günstigen Entwicklungen im Lebensumfeld, ist für den Steuerungsansatz uninteressant. Was zählt, sind über mehrere Fälle nachvollzogene Ko-Inzidenzen von Maßnahmeinsatz und (De-)Stabilisierungsindizien.

<sup>41</sup> Dabei handelt es sich um zentrale Bausteine des oben bereits angesprochenen Modells des „New Public Management“.

prämien) gezahlt werden, oder dort, wo die Auftragsvergabe bzw. deren Konditionen von Seiten eines Kostenträgers konkurrenzziell organisiert werden, also explizit oder implizit Ausschreibungsverfahren zum Tragen kommen. Implizit sind Ausschreibungsverfahren beispielsweise in Konstellationen relevant, bei denen formal sämtliche Leistungsanbieter als „Geschäftspartner“ fungieren, in Einzelverhandlungen über Konditionen der Leistungserbringung aber versucht wird, Anbietern mit Hinweis auf bzw. im Wissen um bestehende Konkurrenz niedrige(re) Preise abzuverlangen.<sup>42</sup>

Die hier auf der instrumentellen bzw. prozeduralen Ebene zum Tragen kommende Marktorientierung überlagert sich im Kontext der neuen Wohlfahrtsstaatlichkeit mit der oben beschriebenen Sozialinvestitionsagenda, bei der es um die Substanz sozialpolitischer Programme geht. Bei beiden wird auf das Marktprinzip rekurriert, wenngleich in unterschiedlichen Dimensionen.

In vorliegenden Studien zur Jugendhilfe gibt es unterschiedliche Befunde im Hinblick auf den effektiven Einsatz der beschriebenen Instrumente bzw. Lenkungsformen (Krone et al. 2009; Grohs 2010; Pfadenhauer 2011). Den Steuerungsaspekt fokussierende Studien zum Kinderschutzsystem sind bislang rar (siehe aber Beckmann 2008). Der – im obigen Sinne modernisierungstheoretisch ableitbare – Impuls zum manageriellen Perfektionismus lässt sich zwar auch in diesem Bereich wohlfahrtsstaatlicher Interventionen erkennen, seine konkrete Bedeutung in Interventionsprozessen bei Kindeswohlgefährdung ist aber empirisch zu bestimmen.

Die geschilderten Tendenzen im Wohlfahrtsstaat sind in *breitere gesellschaftliche Transformationsprozesse* eingebettet, die wir oben und auch schon in der Einleitung bereits kurz angerissen haben. Die Agenda der „Fundamentalisierung von Menschenrechten“ steht für einen starken Modernisierungsimpuls, der weit über sozialstaatliche Interventionen hinausweist und Selbstbestimmungsansprüche in allen Lebensbereichen betrifft. Hier geht es um die Perfektion eines zentralen Emanzipationsversprechens der Moderne, wenngleich die genannte Entwicklung immer *auch* mit ökonomischen Interessen an Humankapitalbildung in der Bevölkerung harmoniert und die in Anschlag gebrachten Rechte nur *basale* Lebenschancen betreffen, also von anderen Dimensionen sozialer Ungleichheit abstrahieren. Ein deutliches Indiz für eine so verstandene Grundrechtsagenda ist auf nationaler Ebene die Durchschlagskraft von Argumenten für Chancengerechtigkeit im Bildungssystem, die seit einiger Zeit viele klassische Aspekte der „sozialen Frage“

---

<sup>42</sup> Vgl. zur Problematisierung von Kooperation in der Jugendhilfe allgemein Santen & Seckinger (2003) sowie zur Wettbewerbslogik der neuen Wohlfahrtsstaatlichkeit Grzeszick (2010) oder Flösser & Vollhase (2006).

überstrahlt.<sup>43</sup> Kinder sind hier ein zentraler Ansatzpunkt. Sie gelten als prinzipiell „unschuldig“ (vgl. Bühler-Niederberger 2005) und wohl gerade deshalb als primäre Adressaten dieser *normativen Rationalisierung* – auch wenn darüber hinausgehende Fragen wie etwa die nach den Folgen, die soziale Deprivationsprozesse bei ihren Eltern haben, in diesem Prozess der „Fundamentalisierung“ eher ausgeklammert bleiben.

Viele auch für den Kinderschutz relevante Wandlungsimpulse im Wohlfahrtsstaat folgen gleichzeitig dem (ebenfalls bereits angesprochenen) allgemeinen Trend hin zur *technischen Rationalisierung* des Gemeinwesens, nicht zuletzt dort, wo es um öffentliche Angelegenheiten geht. Schillernder Ausdruck dieser Rationalisierungsbewegung ist der o.g. Kontrollperfektionismus im Normengefüge der neuen Wohlfahrtsstaatlichkeit. Grundlegend ist die für Modernisierungsprozesse typische Expansion sozialer Erwartungen, die auf die Herstellung von Transparenz, Steuerungsfähigkeit und Prozesskontrolle gerichtet sind – auch und gerade innerhalb von Organisationen. Diese Tendenzen gesellschaftlicher Modernisierung sind nicht neu; vielmehr vollziehen sie sich in der Linie dessen, was Max Weber als säkulare Bewegung hin zur Beherrschung der Welt beschrieben und mit dem Siegeszug des puritanischen Rationalismus in der westlichen Moderne erklärt hat.<sup>44</sup> Indes spricht einiges dafür, dass diese Bewegung zuletzt in wesentlichen Kernmomenten eine neue Qualität erreicht hat – ungeachtet der seit Jahrzehnten geführten Diskussion um Grenzen von Beherrschbarkeit (schon klassisch dazu: Beck 1984) und die Kritik an der Schlüssigkeit des Rationalitätsprinzips in der späten Moderne (siehe etwa Lyotard 1999).

Wesentlich erscheint, dass der säkulare Drang zur Weltbeherrschung sich heute unter spezifischen epochalen Kräfteverhältnissen vollzieht – nämlich jenen, die oben im Zusammenhang mit der Beschreibung der humankapitalfokussierten Reformagenda des zeitgenössischen Wohlfahrtsstaats angeführt und mit der Hegemonie wirtschaftlicher Eliten sowie der größeren Marktfreundlichkeit der Mittelschichten in Verbindung gebracht wurden. Diese Konstellation sorgt u. a. dafür,

---

<sup>43</sup> Symptomatisch dafür war die Debatte um Bildungspakete im Rahmen der Hartz IV-Gesetzgebung: Sie zeigte, dass in weiten Teilen der politischen Öffentlichkeit die Überzeugung besteht, dass Kinder universelle Ansprüche auf basale Entfaltungschancen haben.

<sup>44</sup> Der „Stoff“ dieses Beherrschungsdrangs ist das „Wissen davon oder de[r] Glauben daran: dass man, wenn man nur wollte, es jederzeit erfahren könnte, dass es also prinzipiell keine geheimnisvollen unberechenbaren Mächte gebe, die da hineinspielen, dass man vielmehr alle Dinge – im Prinzip – durch Berechnen beherrschen könne.“ (Weber 1994: 9). Der Beherrschungsdrang der Moderne wurde später auch von der Kritischen Theorie in den Mittelpunkt der Weltdeutung gestellt (Horkheimer & Adorno 1988), wobei der Akzent hier auf der Behauptung einer selbstzerstörerischen Dynamik dieses Drangs lag (im Weiteren abstrahieren wir von der Frage, wie weit diese Behauptung aus heutiger Sicht tragen kann).

dass Referenzen aus der Welt der erwerbswirtschaftlichen Unternehmen auf die Organisationswelten des Wohlfahrtsstaats übertragen werden, während „Rationalisierungsinstrumente“, die auf staatliche Planung und öffentliche Umverteilung rekurrieren, an Einfluss verlieren. Aus Sicht der „Trendsetter“ westlicher Gegenwartsgesellschaften ist zudem essentiell, dass der gesellschaftliche Aufwand zur Produktion eines öffentlichen Gutes (wie es der Kinderschutz darstellt) möglichst klein gehalten wird – bei Zweifeln über die Wirksamkeit eines Interventionsinstrumentariums gilt der Einsatz öffentlicher Mittel schnell als verschwenderisch.

Die beschriebene Modernisierungsbewegung ist mithin facettenreich. Der ungebrochene Einfluss des naturwissenschaftlichen Weltbilds, die Bedeutung von technologischem Fortschritt als Triebkraft gesellschaftlichen Wandels sowie die weitere Verbreitung zumindest bestimmter westlicher Rationalitätsvorstellungen (Demokratie, Transparenz, Marktgerechtigkeit, Geschlechtergleichheit, Menschenrechte etc.) hinterlassen unverkennbare Spuren und scheinen grundlegend für das, was Meyer (2005) als Etablierung einer „Weltkultur“ begriffen hat. Jedenfalls greifen eine Reihe solcher Vorstellungen auf immer mehr Länder und Sektoren über.<sup>45</sup> Das Nebeneinander der verschiedenen Trends sorgt allerdings für Paradoxien, wie in unserer Feldstudie zur Organisation des Kinderschutzes noch deutlich erkennbar werden wird.

---

### 2.3 Ein Regisseur, mehrere Protagonisten und viele Logiken: Kinderschutz als Gegenstand organisierten Handelns

**Der „welfare mix“ des Kinderschutzes: Organisationspluralismus im Netzwerk** Wie alle anderen wohlfahrtsstaatlichen Interventionen auch vollzieht sich Kinderschutz nicht im Rahmen eines monolithischen Organisationszusammenhangs, sondern hochgradig pluralistisch in einem breit gefächerten „welfare mix“. Geht es um die Umsetzung wohlfahrtsstaatlicher Normen, fällt der Blick auf ein buntes Ensemble von Behörden, Trägern, Vereinigungen und Berufsgruppen, deren Vielfalt in der fachpolitischen Diskussion häufig als Problem gedeutet wird, in funktionaler Perspektive aber schwer umgehbar scheint.<sup>46</sup> Den „welfare mix“ des Kinderschutzes kennzeichnet das Nebeneinander miteinander oft nur lose

---

<sup>45</sup> Wobei allerdings darauf hingewiesen werden muss, dass diese national- bzw. regionalkulturell je spezifisch adaptiert werden (Heintz et al. 2006) und sich im Kontext von stabiler oder gar wachsender struktureller sozialer Ungleichheit vollziehen (Münch 2010).

<sup>46</sup> Vgl. dazu die Ausführungen zum Netzwerkcharakter organisierten Kinderschutzes weiter unten.

verbundener Organisationen verschiedenen Typs, wobei die jeweilige Rolle bzw. das jeweilige Gewicht der involvierten Organisationen auch von der gewachsenen Struktur lokaler Konstellationen abhängt.

Allgemein wird im Hinblick auf die *Pluralität der Akteurslandschaft* im deutschen Wohlfahrtsstaat häufig zwischen Staat, Markt und Drittem Sektor differenziert (Zimmer & Priller 2001). Betrachtet man dieses „Sektorentrio“ mit Blick auf das Kinderschutzsystem, so ist zunächst festzuhalten: *Staat ist nicht gleich Staat*. Die Sozialverwaltung zeigt sich – ähnlich wie das Bildungs- und Gesundheitswesen – als intern hochgradig ausdifferenziert. Dies gilt im Hinblick auf die funktionale Arbeitsteilung, aber auch bezüglich der vertikalen Arrangements. Auffällig ist zunächst die Aufgabenverteilung auf der räumlichen Ebene: Kinderschutz wird in Deutschland sowohl zentralstaatlich als auch regional normiert. Die Programmumsetzung erfolgt in hohem Maße dezentralisiert, wobei sie sich teilweise unter der Kontrollhoheit der Bundesländer befindet. In funktionaler Hinsicht ist die typische Unterscheidung von Rechtsetzung, Implementation und Judikative gerade für das Kinderschutzsystem von außerordentlicher Bedeutung: Die Gesetzgebung definiert nur allgemeine Normen und Verfahren; die Substanz der Interventionen wird, bezogen auf konkrete Kinderschutzfälle, auf unteren Ebenen festgelegt; die Justiz ist vielfach „richtungsentscheidend“ bezüglich des weiteren Fallverlaufs.

Wesentliche (öffentliche) Aufgaben werden zudem an verschiedene, mitunter stark voneinander abgeschottete Teiladministrationen delegiert: an Sicherheitsbehörden, das Gesundheitssystem, den Bildungssektor (Kindergärten und Schulen) und das (intern weit verzweigte) Sozialwesen. Diese Arbeitsteilung wird in den nachfolgenden Kapiteln Gegenstand eingehenderer Analysen sein, zunächst mit Blick auf die Regelwerke und dann, im Rekurs auf Befunde aus unserer Feldstudie, hinsichtlich der (teilweise lokalspezifischen) Aufgabeninterpretationen und ihres Ineinandergreifens. An dieser Stelle soll es genügen, die jeweilige Position der verschiedenen Organisationen innerhalb des Kinderschutzsystems kurz zu umreißen.

Orientiert man sich an den offiziellen Zuständigkeiten (die sich mit der in der Öffentlichkeit allgemein vorherrschenden Wahrnehmung decken), so gibt es in diesem System mit dem Jugendamt einen *zentralen Regisseur*. Kinderschutz ist eine wesentliche Kernkompetenz der Behörde; gerade hier ist ihre Gewährleistungsfunktion besonders virulent. Es geht um die verlässliche Vermeidung bzw. Abstellung von Kindeswohlgefährdung, die Einleitung oder Durchführung von Eingriffen in die Familie (Inobhutnahmen) sowie folgenreiche Entscheidungen über Betreuung bzw. Unterbringung; Sozialadministration und Sozialintervention greifen hier also nahtlos ineinander.

Allerdings ist die amtliche Jugendhilfe in sich selbst pluralistisch strukturiert – ein Umstand, der in der Fachliteratur bereits hinlänglich verhandelt worden ist:

Verwiesen wird hier u. a. auf ihre sog. Zweigliedrigkeit, den hybriden Charakter ihres Arbeitsauftrags sowie die lose Kopplung mit Politik und Verwaltung.<sup>47</sup> Zudem koordiniert das Jugendamt eine Vielzahl von Akteuren, die je nach Fallkonstellation mehr oder weniger wegweisende Operationen durchführen und so wenigstens zeitweise eine federführende Rolle übernehmen. Somit sind die praktischen Zuständigkeiten des Jugendamts häufig stark begrenzt: von Aufgaben der allgemeinen Erziehungs- und Familienberatung abgesehen ist es v. a. eine „Feuerwehrfunktion“ bei akuten (vermuteten) Gefährdungsfällen (vgl. Böwer 2008) sowie die Koordination von intervenierenden Dritten, die seinen Alltag bestimmt.<sup>48</sup>

Insofern gibt es im Kinderschutzsystem eine *Vielfalt von Protagonisten*, die außerhalb des Jugendamts angesiedelt sind und der Sphäre des Marktes oder dem Dritten Sektor zuzurechnen sind. Was *marktwirtschaftstypische Organisationen* betrifft, hat es in den letzten Jahren einschneidende Veränderungen gegeben. Im Zuge einer sukzessiven „Vermarktlichung des Sozialstaats“ (Nullmeier 2004) haben erwerbswirtschaftlich ausgerichtete Leistungsanbieter in Teilbereichen der wohlfahrtsstaatlichen Infrastruktur deutlich an Bedeutung gewonnen, nachdem sie lange Zeit irrelevant gewesen waren. Im Hinblick auf Jugendhilfe und Kinderschutz gilt dies bislang nur für Nebenakteure wie Krankenhäuser und einige Einrichtungen, die von Selbstständigen mit sozialprofessionellem Hintergrund betrieben werden.<sup>49</sup> Zudem operieren im Kinderschutzsystem, wenn man es weit fasst, freiberufliche Leistungserbringer, v. a. Hausärzte und Hebammen; diese arbeiten auf eigene Rechnung, allerdings im Rahmen eines Kollektivvertragssystems, welches sie an Leistungskataloge und Preislisten bindet. Marktwirtschaftstypische Organisationsformen bilden mithin im heutigen Kinderschutzsystem eher den Ausnahmefall. Allerdings hat innerhalb dieses Systems die *Marktorientierung*, wie im Weiteren noch verdeutlicht werden wird, *allgemein* an Bedeutung gewonnen. Mit der Ver-

<sup>47</sup> Wesentlich erscheint dabei, dass die Behörde Jugendamt eng mit einem mit Träger(verbands)vertretern besetzten Jugendhilfeausschuss kooperiert, sowohl Hilfe- als auch Kontrollaufgaben wahrnimmt und ihre Handlungsspielräume mit Vertretern einer ihr vorgesetzten Verwaltung bzw. der kommunalen Sozialpolitik verhandelt (vgl. dazu im Überblick Bettmer 2010 und Gissel-Palkovich 2011).

<sup>48</sup> *Innerhalb* der öffentlichen Jugendhilfe existiert mit dem sog. „Allgemeinen Sozialen Dienst“ (ASD) eine Spezialinstanz, welche eine zentrale Rolle bei der Koordination der Leistungserbringung einnimmt (vgl. Gissel-Palkovich 2011). Zur entsprechenden Rollenstruktur vgl. unsere Ausführungen weiter unten.

<sup>49</sup> Zu solchen Existenzgründungen vgl. Köppel (2007). Das Sample unserer Settings enthält einige gewerblich verfasste Anbieter von ambulanten und stationären Betreuungsleistungen. In einem besonders schillernden Fall handelt es sich um eine Unterabteilung eines privaten Pflegedienstes.

breitung dieser Orientierung verschwimmen nicht selten die Grenzen zwischen den verschiedenen Organisationstypen, die in diesem Feld intervenieren.

Das gilt besonders für jene Träger, die gemeinhin als Teil des „Dritten Sektors“ begriffen werden. In der Tradition des für Deutschland charakteristischen „dualen Wohlfahrtsstaats“ (Tennstedt 1992) wird auch von frei-gemeinnützigen Anbietern bzw. verallgemeinernd von Wohlfahrtsverbänden gesprochen. Trägertypologisch ist der Begriff des Dritten Sektors durchaus instruktiv: Er bildet einen Oberbegriff für das in modernen Gesellschaften mehr oder weniger prominente Ensemble formal staatsunabhängiger und nicht gewinnorientierter (also die private Aneignung operativer Erträge ausschließender), „sachzieldominanter Organisationen“ (Greiling 2009: 18). Entstehungsgeschichtlich sowie im Hinblick auf den basalen assoziativen Steuerungsmodus, der auf Vereinbarungen zwischen mehr oder weniger „eigensinnigen“ Mitglieder(vertreter)n beruht<sup>50</sup>, spielen normativ begründete Ziele dabei oft eine konstitutive Rolle. Orientierungsstiftend ist also das, was in angelsächsischen Kontexten „mission“ genannt wird (Seibel 2002; Brinckerhoff 2009). Bezogen auf das Kinderschutzsystem kann beispielsweise die Parteinahme für Kinder oder Familien oder aber ein bestimmter (z. B. radikal partizipativer) Arbeitsansatz den Kern einer solchen „mission“ ausmachen.<sup>51</sup> Die im Systemjargon auch schlicht „freie Träger“ genannten Organisationen sind fester Bestandteil des o.g. „welfare mix“. Dabei existieren mehrere Träger mit ähnlichen Aufgaben nebeneinander; zugleich findet man in einem gegebenen lokalen Setting eine Kaskade von Organisationen mit unterschiedlichen Funktionen, die sich potenziell ergänzen.

Teilweise quer zur Differenzierung von Organisationstypen ist für den „welfare mix“ der wohlfahrtsstaatlichen Infrastruktur im Allgemeinen und des Kinderschutzsystems im Besonderen kennzeichnend, dass in ihm *verschiedene, verhält-*

---

<sup>50</sup> Mitgliederdemokratie bzw. assoziative Governance macht sich v. a. im Organisationskern bzw. als Kontrollinstanz bemerkbar; im operativen Geschäft tritt sie eher in den Hintergrund. Meist sind nur kleine Kreise involviert, die als Arbeitgeber für normale Angestellte fungieren. Es ist eine empirische Frage, inwieweit die Organisationsverfassung für das praktische Handeln dieser Angestellten einen Unterschied macht. Immerhin können auch in Jugendämtern informelle Formen assoziativer Governance ausgebildet sein. Allerdings ist die Rechenschaftskonfiguration bei den Jugendämtern eine andere: Politik und Verwaltung sitzen hier letztlich immer am längeren (hierarchischen) Hebel.

<sup>51</sup> Beim Sampling für die von uns näher untersuchten lokalen Kinderschutzsettings sind uns Organisationen mit (zumindest im Diskurs dominanten) spezifischen Sachzielen mehrfach begegnet – wobei die offizielle „mission“ natürlich noch nichts über die Praxis der Träger aussagt. Ein typisches bundesweites Beispiel für solche Organisationen sind Kinderschutzzentren bzw. der Deutsche Kinderschutzbund, der einige dieser Zentren, welche teilweise auch als Dienstleistungserbringer in Erscheinung treten (vgl. etwa Klotmann & Klinkhammer 2005), verbandlich vertritt.

nismäßig kompakt strukturierte Berufsgruppen operieren, die die jeweiligen Interventionsprozesse stark prägen können. Meist sind sie in Arbeitsorganisationen integriert. In der Regel handelt es sich um Professionelle – also um Arbeitskräfte, die ein spezielles, erfahrungsgesättigtes Fachwissen in fallindividuelle Arbeit „am Menschen“ einbringen. Eingebunden in „professionell-bürokratische Handlungszusammenhänge“ (Klatetzki & Nokielski 2010) bilden sie nicht selten die dominante Gruppe innerhalb einer mit Fragen des Kinderschutzes befassten Einrichtung. Allerdings intervenieren hier oft *mehrere* Professionen: So wirken im Kontext der Sozialverwaltung psychologische, medizinische und sozialarbeiterische Berufsgruppen zusammen; auch in Krankenhäusern oder Schulen existieren neben dem medizinischen Arbeits- bzw. Lehrkörper Sozialdienste bzw. Sozialarbeiter – wobei diese in ihren jeweiligen Einrichtungen eher randständige Positionen besetzen. Die verschiedenen Professionen treffen überdies auch in Netzwerken, die ihre Arbeitsorganisationen bilden, aufeinander (s. u.).

Insgesamt wird erkennbar, dass im Kinderschutzsystem neben dem Regisseur Jugendamt mehrere Protagonisten (mit)wirken, wobei in Deutschland das Gros der eigentlichen Interventionen bzw. der Leistungserbringung *außerhalb* der behördlichen Jugendhilfe organisiert wird. Wir bezeichnen die verschiedenen mit Interventionen betrauten Sektoren im Weiteren auch als *Funktionsbereiche* des Kinderschutzsystems. Die entsprechenden Akteursrollen können unterschiedlichen Charakter haben; einige gehen aus einem direkten, fallbezogenen Interventionsauftrag des Jugendamts hervor, andere sind eher diffus vordefiniert, so v. a. im Bereich der sog. niedrigschwelligen, präventiven Arbeit (Erziehungs- und Familienberatung, Treffpunktangebote etc.).

In einigen Funktionsbereichen übernehmen die involvierten Instanzen eher *Assistenzrollen*: Das gilt etwa für Akteure des Gesundheitswesens, des Bildungssektors oder der Polizei mit Diagnose- und Meldefunktionen. In einzelnen Phasen bzw. bei bestimmten Interventionsabläufen können solche Assistenzrollen für die „Performance“ des Systems eine kritische Bedeutung erlangen. Zudem lässt sich, wie wir noch näher ausführen werden, eine teilweise *Aufwertung der Nebenrollen zu Hauptrollen* beobachten. Rücken etwa Komm-Strukturen wie sozialraumorientierte Förderangebote (Müttercafés etc.) an die Stelle stärker fallindividuell eingreifender Maßnahmen oder erhalten Nebenakteure zusätzliche Aufgaben, wie dies beispielsweise bei den sog. Familienhebammen der Fall ist, gibt es neue Protagonisten im System.

Schließlich erscheint bedeutsam, dass verschiedene Orte existieren, an denen der Akteurspluralismus gleichsam gebündelt oder koordiniert wird bzw. werden soll. In das Kinderschutzsystem involvierte Organisationen und Berufsgruppen kommen zu Absprachen und Beratungen in verschiedenen *Netzwerken* zusammen, die sich punktuell austauschen oder gemeinsame Projekte starten. Dabei lässt sich



die *informative* von der *praktischen* Vernetzung unterscheiden. Teilweise sind Vernetzungen gesetzlich vorgesehen, teilweise vollziehen sie sich in Eigeninitiative von Ämtern, Trägern oder Professionellen.

Was die *informativen* Facetten anbelangt, so zeigt sich innerhalb des Systems ein wachsender Druck auf die beteiligten Akteure, mit ihren Pendants in anderen Funktionsbereichen Wissensbestände auszutauschen bzw. gemeinsame Marschrouten abzusprechen. Dabei werden nicht zuletzt *interprofessionelle* Kooperationen angeregt. Wie noch deutlich werden wird, beschäftigen die entsprechenden Erwartungen und der Umgang mit ihnen viele Akteure des Kinderschutzsystems in hohem Maße. Dabei ist zu beachten, dass interorganisationale Kooperation in der Jugendhilfe allgemein als problembehaftet gilt (vgl. Santen & Seckinger 2003 oder Armbruster & Bartels 2005) und Vernetzungsdruck auf Widerspenstigkeit stoßen kann.<sup>52</sup>

*Praktische Vernetzung* erfolgt in konkreten Interventionsprozessen nach Maßgabe von bestehenden Aufgabendefinitionen bzw. im Rahmen einer gesetzlich verbindlichen oder vereinbarten Arbeitsteilung. In bestimmten Modellprojekten wird Vernetzung formal organisiert; Teilnehmer sind dann Jugendämter, freie Träger verschiedener Couleur und Instanzen mit den o.g. „Assistenzfunktionen“ (Polizei, Schule, Kindergärten etc.). Besonders einschlägig sind solche Projekte im Bereich der präventiven Unterstützung von krisengefährdeten jungen Eltern (im Rahmen von sog. „Frühen Hilfen“).<sup>53</sup> Wieweit diese Form der fest organisierten Vernetzung den Alltagsbetrieb der Interventionen bei spontan auftretenden (vermeintlichen) Gefährdungssituationen beeinflusst, hängt u. a. davon ab, ob vor Ort formal institutionalisierte Kooperationsregeln bestehen. Eine breite und systematische Vernetzung des Interventionshandelns über verschiedene Funktionsbereiche hinweg stellt sich – wie unsere Settingstudien noch zeigen werden – als äußerst voraussetzungsvoll dar. Allerdings gibt es eine ganze Reihe konkreter Initiativen mit dem Ziel der Verkopplung bestimmter Interventionsabläufe (z. B. trägerübergreifende Fallkonferenzen, Rollenverknüpfungen in Gestalt von Familienhebammen oder Schritte zur gezielten Einbindung von Gynäkologen oder polizeilichen Instanzen).

---

<sup>52</sup> Das komplexe Neben-, Mit- und auch Gegeneinander der in das Kinderschutzsystem involvierten Instanzen gilt verbreitet als Ursache inkonsistenter Interventionsprozesse. Typische Beobachtungen aus der Fachliteratur lauten wie folgt: „Gleiche Symptome führen zu ganz unterschiedlichen Reaktionen des Hilfesystems“ (Winkler 2005: 713) oder: „Kooperationen [werden] bisher häufig zu unreflektiert eingesetzt“ (Pluto et al. 2007: 594). Bathke (2006: 45) spricht gar von einer kooperationsschädlichen „Konkurrenz zwischen den beteiligten Akteuren und Institutionen“.

<sup>53</sup> Vgl. exemplarisch Nationales Zentrum Frühe Hilfen (2008), Lukasczyk & Pöllen (2007), Borris (2007), Wagenblass (2005) sowie Rönna & Fröhlich-Gildhoff (2008).

Der Ablauf von Vernetzungsprozessen innerhalb der wohlfahrtsstaatlichen Infrastruktur im Allgemeinen und des Kinderschutzsystems im Besonderen muss stets vor dem Hintergrund der übrigen Anforderungen betrachtet werden, denen sich die relevanten Akteure zu stellen haben: also etwa die Erwartung an stringenten und umgehendes Handeln in der eigenen „Souveränitätszone“ oder das Erfordernis, sich gegenüber (vermeintlichen) Wettbewerbern zu profilieren (s. o.). Die verschiedenen Stränge der auf Netzbildung und -unterhaltung bezogenen *Sozial- und Steuerungstheorie* verweisen zwar darauf, dass organisationsübergreifende Vernetzung Chancen der gegenseitigen Perspektivenübernahme, der Überwindung von Kooperationsdilemmata<sup>54</sup> oder der Emergenz kreativer Problemlösungen eröffnet (Thompson 2003; Windeler 2005; Börzel 2011). Allerdings wird bezüglich dieses Potenzials von Netzwerken vor Blauäugigkeit gewarnt (siehe etwa Goldsmith & Eggers 2004: 38–51). So muss z. B. gesehen werden, dass netzwerkförmige Koordination oft nicht ohne starke hierarchische Einmischung von oben zu haben ist (Newman 2001) und Akteure, die in Netzwerkbeziehungen kooperieren (sollen), unter bestimmten Umständen, z. B. starkem Existenzdruck, die Bindung an (subjektive) Eigeninteressen nicht umstandslos ausblenden können (Bode 2006).<sup>55</sup> Diese Problematik wird im Rahmen unserer Feldstudie (unter 4.2.3) noch ausführlicher behandelt werden.

**Institutionelle Logiken im „industry system“ des Kinderschutzes** Wie Interventionsstrukturen im Kinderschutzsystem aussehen und wie sie sich in konkreten lokalen Räumen entwickeln, hängt, wie bereits in der Einleitung angedeutet, in beträchtlichem Maße von übergeordneten Rahmenbedingungen ab. Diese Rahmenbedingungen haben eine institutionelle und eine organisationale Prägung. Die institutionelle Prägung korrespondiert mit allgemeineren Entwicklungen in Staat und Gesellschaft – etwa jenen, die oben bereits diskutiert wurden. Sie manifestiert sich in generellen Orientierungsmustern, die bei der Übersetzung in das Terrain des organisierten Kinderschutzes spezifische Züge annehmen. Bezug nehmend auf

<sup>54</sup> Also von Situationen, in denen eine Seite nur deswegen nicht kooperiert, weil sie befürchtet, die andere würde Kooperationsangebote bzw. mit Vorleistungen verbundene Vertrauenskredite (z. B. in Gestalt von preisgegebenen kritischen Informationen) nicht erwidern, um so für sich Vorteile zu erzielen (van Lange et al. 1992; Küchle 2012).

<sup>55</sup> Ein solcher Existenzdruck liegt v. a. dort vor, wo sich mit Kooperationserwartungen konfrontierte Akteure in einem Konkurrenzverhältnis zu Netzwerkpartnern befinden. Gerade dann ist es eine offene Frage, wie sich in interorganisationalen oder interprofessionellen Beziehungen des Kinderschutzsystems das Verhältnis von Netzwerk- und Marktlogik sowie die damit verbundenen „Rationalitätskonflikte“ (vgl. dazu Hessinger 2009, am Beispiel der Gesundheitsversorgung) konkret darstellen.

diese Form der „Systemprägung“ rekurren wir im Folgenden auf das in neueren Versionen des soziologischen Neo-Institutionalismus prominente Konzept der „*institutionellen Logiken*“ (Thornton et al. 2012).

In diesem – meist auf Zuschnitt und Entwicklung von Organisationen bezogenen – Theorieprogramm wird stark gemacht, dass es innerhalb eines gegebenen Ensembles von Instanzen, die in ein und demselben Wirkungsbereich tätig sind und mit gleichen Referenzen operieren (z. B. alle mit einem spezifischen sozialen Problem befassten Träger und Einrichtungen), allgemeine, kognitiv verinnerlichte Orientierungsmuster gibt. Diese Orientierungen prägen dann das Denken und Handeln organisationsübergreifend – ihre normative Geltung lässt sich wenigstens kurzfristig nicht außer Kraft setzen. Allerdings verbleiben den beteiligten (Organisations-)Akteuren – zumal dort, wo verschiedene institutionelle Logiken nebeneinander „im Raum stehen“ – Interpretationsspielräume bei der Anwendung dieser Logiken; im Zusammenspiel von institutionellen Logiken und ihrer praktischen Verarbeitung – wir sprechen diesbezüglich von organisationaler Kodierung – ergeben sich dann die Struktur dynamiken des Kinderschutzsystems (dazu unten mehr).<sup>56</sup>

Betrachten wir das für unsere Feldanalyse grundlegende Konzept der *institutionellen Logiken* genauer. Mit dem Rückgriff auf dieses Konzept wird zunächst dem Umstand Rechnung getragen, dass es im Kinderschutz – wie auch in anderen Interventionsbereichen zeitgenössischer Wohlfahrtsstaaten – ein Ensemble von Orientierungen gibt, das sich von denen in anderen gesellschaftlichen Sektoren (wie etwa der Autoindustrie oder dem Bankensektor) markant abhebt (Scott & Meyer 1991). In der neo-institutionalistischen Theorietradition wird solchen Ensembles der Begriff des Organisationsfelds zugeordnet.<sup>57</sup> Das macht für den organisierten Kinderschutz insofern Sinn, als hier eine „kinderschutztypische“ organisationsübergreifende Strukturbildung deutlich erkennbar ist. Dies gilt – in historischer Perspektive – allein schon dahingehend, dass sich die „Jugendhilfe“ als institutionell spezifisch

<sup>56</sup> Dabei folgen, um es nochmals zu betonen, die institutionellen Logiken ihrerseits den oben umrissenen gesellschaftlichen Modernisierungstendenzen bzw. wohlfahrtsstaatlichen Paradigmen.

<sup>57</sup> DiMaggio & Powell (1983: 148) zufolge zeichnet sich ein Organisationsfeld dadurch aus, dass sich sämtliche in ihm tätigen kollektiven Akteure als gleichartige „key suppliers, resource and product consumers, regulatory agencies, and other organizations that produce similar services“ gegenüber treten. Solche Felder bilden sich dann, wenn: 1) das Niveau der Interaktionen zwischen Organisationen in einem gegebenen Handlungsbereich deutlich anwächst, 2) interorganisationale Strukturen entstehen, die feldinterne Herrschafts- und Koalitionsverhältnisse klären, 3) die Informationsmenge zunimmt, die auf Organisationen eines Feldes einwirkt, und 4) sich ein geteiltes Bewusstsein der Teilnehmer bestimmter Organisationen darüber einstellt, dass sie an einer gemeinsamen Aufgabe arbeiten.

regulierter Zusammenhang von Interventionen zur Förderung bzw. Behütung von Kindern konstituiert; darüber hinaus zeigt es sich in der Weise, dass im fraglichen Feld starke evolutionäre Tendenzen greifen, so etwa die Verrechtlichung von Interventionen, die Aufwertung medizinisch-sozialpsychologischer Diagnosen oder zuletzt auch das, was allgemein Ökonomisierung genannt wird (und auf die o.g. Markt- und Wettbewerbsdynamiken verweist).

Zugleich hat aber, wenn es um den organisierten Kinderschutz geht, der Bezug auf den Feldbegriff bestimmte Grenzen: So finden sich im Kinderschutz *verschiedenartige*, nur lose miteinander verknüpfte Sphären kollektiven Handelns, die jeweils *eigenen* Organisationsfeldern (z. B. dem der Krankenversorgung oder dem des primären Bildungswesens) zugeordnet werden können. Im Zusammenwirken solcher Organisationen mit denen anderer Sphären kollektiven Handelns bestehen oft nur schwach institutionalisierte Verknüpfungen; viele Akteure kooperieren nur punktuell und beziehen nur bestimmte Operationen aufeinander. Beispielsweise gilt unter Kinderschutzexperten die Zusammenarbeit von Ärzten und Sozialpädagogen als relativ unsystematisch (vgl. z. B. Die Kinderschutz-Zentren 2008).

Insofern scheint für das Ensemble der Kinderschutzinstanzen ein der älteren Organisationstheorie entlehnter Begriff passender, um die hier ausgebildete Akteurskonstellation zu beschreiben. Wir begreifen den organisierten Kinderschutz im Weiteren als ein „*industry system*“ (Hirsch 1972), in dem verschiedene Organisationsfelder miteinander verschränkt sind: Die Teile dieses Systems arbeiten gewissermaßen sämtlich am „Produkt“ (Kinderschutz), bewegen sich aber in unterschiedlichen Produktionswelten.

Unabhängig von dieser spezifischen Charakterisierung der Feldkonstellation im Kinderschutz lassen sich allerdings die in der (neo-institutionalistischen) Theorie der Organisationsfelder relevanten Kategorien für die Analyse der Vorgänge im Kinderschutz gut verwenden. Dies gilt insbesondere für die durch das Konzept der institutionellen Logiken vermittelte Einsicht, der zufolge spezifische Normen, Deutungen und Regelwerke – bzw. spezifische Kombinationen davon – charakteristisch sind für das organisierte Handeln im Feld. Einzelne Berufsgruppen oder Trägertypen gelten zwar als von spezifischen Referenzen geleitet. Diese Referenzen lassen sich aber kognitiv einem Gesamtzusammenhang zuordnen (in unserem Fall: dem Kinderschutz); sie sind bei Ko-Akteuren bekannt und nehmen auch Einfluss auf letztere.

Institutionelle Logiken verstehen wir deshalb – einschlägigen Definitionen folgend – als unhinterfragte, in ihrer Geltung als selbstverständlich begriffene Normen, welche von Organisationen eines Feldes, und teilweise darüber hinaus in einem mehrere Felder umfassenden „*industry system*“, als typische Struktureigenschaften etwa im Hinblick auf Mitgliedschaftsregeln, Deutungsmuster sowie

Rollenbilder begriffen werden und entsprechende Normalitätserwartungen generieren. Erst die Existenz solcher Logiken macht das Verhalten von Feld- bzw. Systemakteuren nachvollziehbar, anschlussfähig und vorhersehbar (vgl. Lounsbury 2002: 255 sowie Greenwood et al. 2008: 5).<sup>58</sup>

Gemünzt auf das Kinderschutzsystem kann dementsprechend von der Ausbildung systemweit geteilter Sinnstrukturen (im Plural) ausgegangen werden; mindestens kennen die Akteure wesentliche Sinnkonstrukte der in das System eingelassenen Organisationsfelder, wenngleich sie mit den verfügbaren institutionellen Logiken auf ganz eigene Art und Weise umgehen mögen und diese Logiken in den verschiedenen Funktionsbereichen des Kinderschutzsystems spezifisch eingefärbt sind. So hat man in Gesundheitseinrichtungen eine grobe Vorstellung vom Fachlichkeitsanspruch der Jugendhilfe, definiert aber andere Fachlichkeitsstandards für das eigene Handeln. Für den Kinderschutz erscheint wesentlich, dass weder in den einzelnen Organisationsfeldern noch im Gesamtsystem nur eine einzige Logik zur Wirkung gelangt – vielmehr offenbart das heutige Kinderschutzsystem die Koexistenz einer ganzen Reihe institutioneller Logiken. Diese gelangen also meist kombiniert zur Wirkung, wobei die Art der Kombination, zumindest was deren „Feinschliff“ betrifft, organisations- oder gar situationsabhängig sein kann – mit anderen Worten: ihre Umsetzung ist Gegenstand von „institutional work“ (s. u.).

Bezüglich des Einflusses organisationsübergreifender Normen im Kinderschutzsystem bietet sich nun allerdings eine über das einschlägige Theorieangebot hinausgehende Differenzierung der Begriffsverwendung an: Wir unterscheiden nachfolgend zwischen institutionellen Logiken erster und zweiter Ordnung. Diejenigen *erster Ordnung* sind dem Kinderschutzsystem gleichsam vorgeschaltet und korrespondieren mit „großen“ institutionellen Sphären in Staat und Gesellschaft – durchaus analog zu dem, was einschlägige Beiträge der neo-institutionalistischen Theorien herausgestellt haben. Deutlich wird dies bei einem kursorischen Blick auf die für zeitgenössische Wohlfahrtsstaaten aktuell geltenden Referenzen (so wie sie oben bereits angesprochen wurden): Typische institutionelle Logiken sind hier etwa die Logik der Verrechtlichung, in verschiedenen Facetten (polizeilich, juristisch, administrativ); die Logik der Wohlfahrtsbürokratie, die gleiche Regeln über verschiedene Fallkonstellationen ausrollt; die Logik der (betriebs)wirtschaftlichen Effizienz in Verbindung mit der Orientierung an Budget- bzw. Ertragssicherung; aber auch die Logik der Sozialbewegung, die auf advokatorische Interessenwahrnehmung und bestimmte normative Impulse der System(um)gestaltung zielt sowie

---

<sup>58</sup> Die Definition von Thornton & Ocasio (1999: 804) ist noch etwas allgemeiner und sieht institutionelle Logiken als „the socially constructed, historical patterns of material practices, assumptions, values, beliefs, and rules by which individuals produce and reproduce their material subsistence, organize time and space, and provide meaning to their social reality.“

schließlich die Logik der Fachlichkeit, wiederum in verschiedenen Facetten (sozialprofessionell, medizinisch, etc.). Wie an dieser Aufzählung deutlich wird, lassen sich solche Logiken (je für sich genommen) mehr oder weniger umstandslos zentralen (Kern-)Institutionen der modernen Gesellschaft zuordnen, konkret z. B. dem Markt, dem Staat, der Familie, den Professionen oder auch der (Sozialbewegung) Religion (vgl. Friedland & Alford 1991; Thornton 2004). In spezifischen *Kombinationen* bilden sie gewissermaßen die gemeinsame kognitive Arbeitsgrundlage des zeitgenössischen Wohlfahrtsstaats bzw. seiner Interventionssysteme.

Allerdings sind diese Logiken kulturell weiter spezifiziert, und zwar räumlich, zeitlich und sachlich. Bei der Bestimmung dieser Spezifizierungen bewegen wir uns gewissermaßen auf einer Ebene *zweiter Ordnung*. Betrachten wir erneut das für unsere Analyse wesentliche Referenz-Set heutiger Wohlfahrtsstaaten: In diesen bestehen räumliche Spezifizierungen sowohl nationalkulturell als auch – jedenfalls auf dem Gebiet personenbezogener Dienstleistungen – in regionalen Kontexten.<sup>59</sup> Zeitlich werden institutionelle Logiken konkretisiert in Gestalt von Entwicklungszuständen oder -phasen: Mal dominieren diese, mal jene Logiken. Sachlich gibt es Differenzierungen je nach Funktionsbereich (im oben genannten Sinne). All diese Spezifizierungen lassen sich unter institutionellen Logiken erster Ordnung subsumieren, sollten aber, wenn es um einen konkreten Interventionsbereich wie den Kinderschutz geht, einen eigenen Namen erhalten – wir werden im Weiteren den Begriff der „Doktrin“ verwenden und dabei die zeitliche, sachliche sowie die räumliche Differenzierung fokussieren.<sup>60</sup>

Eine Doktrin manifestiert sich v. a. als Rechtstatbestand oder als quasi-institutionelles Regelwerk, das für Akteure des Kinderschutzsystems formal verbindlich und durch organisationales Handeln nicht ohne Weiteres außer Kraft zu setzen ist; sie transportiert spezifische normative Bedeutungen und bildet ein „Scharnier“ zur organisationalen Praxis. *Konkret* kann sich eine solche Doktrin z. B. in interventionfeldspezifischen Gesetzen widerspiegeln, wobei sich hinter diesen wiederum nicht-rechtliche Normierungen wie etwa wissenschaftliche Glaubenssätze verbergen können.

Im Vorgriff auf das Weitere wollen wir, um unsere konzeptionellen Bestimmungen besser nachvollziehbar zu machen, diese Beobachtung exemplarisch illustrieren. Die o.g. Verrechtlichungslogik eignet sich gut für eine solche Illustration: Sie ist, indem Recht auf immer mehr Lebensbereiche übergreift, allgemein an eine für

<sup>59</sup> Dies ist die Botschaft des internationalen Wohlfahrtsstaatsvergleichs und zugleich Ergebnis vieler Studien zur lokalen Sozialpolitik (für viele: Schmid 2010; Dahme & Wohlfahrt 2010).

<sup>60</sup> Mit dem Begriff der „Doktrin“ führen wir also eine weitere intermediäre Emergenzebene ein, die gleichsam „unterhalb“ der institutionellen Logiken auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, aber „oberhalb“ organisationaler Kodierungen verortet ist.

die Moderne charakteristische Gesellschaftsentwicklung gebunden; gleichzeitig erscheint sie, was den Kinderschutz anbelangt, hierzulande (nationalkulturell) – auf der Ebene zweiter Ordnung – substanziell durch den Familialismus des deutschen Sozialstaatsmodells geprägt zu sein. Die entsprechende Doktrin wirkt *sachlich* auf das Kinderschutzsystem ein, indem sie die Bewahrung des familiären Lebenszusammenhangs als prioritäre Richtschnur organisierten Handelns definiert und dieses Handeln (auf verschiedene Weise) anleitet: Grundrechte von Kindern sind dann Ansprüche auf das geordnete Aufwachsen in Familien – wobei, was in Kap. 3 zu verdeutlichen sein wird, *räumliche* „Spezialdeutungen“ dieser Marschroute existieren. Beispielsweise fungieren diese Grundrechte *hier* als Anlass für voluntaristischen „Präventionismus“ und *dort* als Rechtfertigung für die Durchsetzung verschärfter Kontrollregeln.

Dies alles korrespondiert mit *zeitgeschichtlichen* Spezifizierungen, wie sich anknüpfend an die obigen Ausführungen zum Sozialinvestitionsstaat verdeutlichen lässt: Einerseits gewinnt symbolisch die institutionelle Logik des Marktes im Interventionssystem an Bedeutung, indem „Produkte“ und Verträge bei der Regulierung sozialer Dienste eine wachsende Rolle spielen; andererseits überlebt die Logik der Professionalität in Gestalt einer neuen Dienstleistungsphilosophie, nämlich als markt(wirtschafts)orientiertes „Investment“ in die Bildung von Menschen. An diesem Beispiel lässt sich zugleich erkennen, dass allgemeine gesellschaftliche Rahmenbedingungen *als solche* durch ein „industry system“ nicht hintergangen werden können; aber sie sind interpretationsfähig bzw. durch „institutional work“ bearbeitbar.

**Organisationale Kodierungen und ihr Beitrag zu Strukturdynamiken im Kinderschutz** Die neueren Versionen des neo-institutionalistischen Theorieprogramms betonen Prozesse der Brechung, Anpassung und Feinjustierung von institutionellen Logiken auf der Ebene von Organisationen (vgl. Greenwood et al. 2008; Lawrence et al. 2013). Diese agieren quasi als *Vermittler* institutioneller Logiken. Dabei gibt es im Neo-Institutionalismus schon seit längerer Zeit ein Bewusstsein für den Umstand, dass Organisationen *mehrere* institutionelle Logiken (zu) verarbeiten (vermögen).<sup>61</sup> Dies können auch Logiken sein, deren Inhalte miteinander in Spannung stehen oder sich widersprechen, also etwa Bedarfsnormen bei der Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe einerseits und die Marschroute einer auf Ertragerzielung oder -sicherung ausgerichteten Geschäftsführung andererseits; Reay & Hinings (2009) sprechen diesbezüglich von „competing institutional logics“. Institutionelle Logiken manifestieren sich auf der Organisationsebene u. a.

---

<sup>61</sup> So schon Friedland & Alford (1991), vgl. zur entsprechenden Diskussion auch Bode (2012b).

in Zielkatalogen, Problembeschreibungen oder auch Handlungsanweisungen praxisanleitender Instanzen – ob sie nun Logiken erster oder zweiter Ordnung sind.

Die diesbezügliche „Vermittlungskompetenz“ von Organisationen ist in diversen Beiträgen der deutschen Organisationssoziologie ausführlich diskutiert worden (Geser 1990; Kneer 2001).<sup>62</sup> Dabei argumentieren vom Programm der Luhmann'schen Systemtheorie beeinflusste Beiträge, dass Organisationen als „Multireferenten“ unterschiedliche gesellschaftlich relevante Sinnzusammenhänge verwenden (so etwa Nassehi 2002).<sup>63</sup> Wir wollen nachfolgend – theoretisch anspruchsloser – die Art und Weise, wie kollektive Akteure institutionelle Logiken aufgreifen und innerhalb der für sie relevanten Handlungswelt verarbeiten, als *organisatorische Kodierung* bezeichnen. Damit tragen wir dem Umstand Rechnung, dass institutionelle Logiken erst im organisierten Handeln bzw. auf dem Umweg der Kodierung zur Entfaltung gelangen und daraus dann übergeordnete Entwicklungstendenzen bzw. *Strukturdynamiken* im Kinderschutzsystem hervorgehen (s. u.).

In bestimmter Hinsicht nehmen wir damit den Impuls der neuen Systemtheorie auf. Immerhin ist der Begriff des Codes ein wesentliches Element des entsprechenden Theorieprogramms; er bezieht sich hier auf die Art und Weise, wie gesellschaftliche Funktionssysteme (Wirtschaft, Recht, Wissenschaft etc.) „operieren“ – nämlich über die Anwendung binärer Codes (Zahlen-Nicht-Zahlen/Recht-Unrecht/Wahr-Unwahr). Wir gehen über diese Engführung des Kodierungskonzepts allerdings hinaus und begreifen Kodierung als eine inhaltlich offene(re) Vorstrukturierung des Wahrnehmungs- und Handlungsprogramms, dem sich organisatorische Akteure in einem gegebenen Feld bzw. „industry system“ (s. o.) gegenübersehen. „Codes“ sind dann vorgefertigte Schablonen, in die Akteure Wahrnehmungen einsortieren und zu Handlungen transformieren (ähnlich Hergert 2007: 169 ff). Sie entfalten deutliche Filterwirkungen, belassen aber Spielräume beim Umgang mit den verfügbaren Normen, Deutungen und Regelwerken bzw. institutionellen Logiken.

<sup>62</sup> Sie ist implizit auch in frühen Versionen der neo-institutionalistischen Organisationstheorie angelegt, die davon ausgeht, dass Organisationen institutionalisierte (von außen an sie herangetragene) Leistungserwartungen wenigstens partiell ignorieren bzw. nur symbolisch bedienen können, während sie reale operative Prozesse davon ab- bzw. entkoppeln (Meyer & Rowan 1977; vgl. auch Wolff 2010).

<sup>63</sup> Nassehi recurriert hier auf Alfons Bora und sieht Organisationen als Instanzen, die in der Gesellschaft auftretende „ökonomische, rechtliche, religiöse, wirtschaftliche oder politische Ereignisse und Ereignisketten aufeinander beziehen können“ (ebd.). Gleichzeitig seien sie aber auch „Zonen dichter Kommunikation und stärkerer Kopplung der Elemente“ jener gesellschaftlichen Funktionssysteme (z. B. Wirtschaftsmärkte, Politik, Wissenschaft), in denen diese Ereignisse auftreten. Ob es möglich ist, mit dem systemtheoretischen Programm die Vermittlungskompetenz von Organisationen hinlänglich zu beschreiben, muss an dieser Stelle offen bleiben (siehe dazu Bode 2003a).



Gerade unter Bedingungen, bei denen verschiedene institutionelle Logiken in einem Organisationsfeld oder einem „industry system“ nebeneinander (her) wirken, beziehen sich Feld- bzw. Systemakteure interpretativ und kreativ auf sie – ein Umstand, der in der Fachliteratur zu neuen Varianten des Neo-Institutionalismus mit dem Terminus der „institutional work“ umschrieben worden ist (Lawrence & Suddaby 2006; Currie et al. 2012; im Überblick, bezogen auf unseren Anwendungskontext: Bode 2012b). Vieles wird dabei *kollektiv* bewerkstelligt, z. B. durch Interpretationsangebote und Handlungsanweisungen, die hierarchisch festgelegt sind, sich alltagspraktisch sedimentieren oder auf Gruppenkonsensen beruhen und so kollektive Geltung erlangen; insofern bilden Organisationen für die fraglichen Kodierungsleistungen eine Emergenzebene *sui generis*.

Gleichzeitig können Akteure, auch als Mitglieder von Professionen, bei ihren Interventionen *individuell* Akzente setzen, so wie dies für eine „street level bureaucracy“<sup>64</sup> oder „professionelle Organisationen“ (Klatetzki 2012) durchaus üblich ist. Die Akteure operieren dann im Rahmen institutioneller Referenzen, können diese aber situativ spezifisch auslegen – gerade dann, wenn sie widerspruchsträchtig sind und selektiv angewendet werden *müssen*. Es erscheint allerdings plausibel, dass individuelle Interpretationen oft überindividuelle Geltung erlangen, also eine gängige Praxis *der Organisation* widerspiegeln oder das kollektive Denken und Handeln instruieren, also auf Dauer strukturbildend sind.<sup>65</sup> Organisationale Kodierungen können also kollektiv wie individuell vorgenommen werden, doch reflektieren individuelle Kodierungen häufig die Praxis der ganzen Organisation bzw. eine Verallgemeinerung dieser Kodierungen in der Organisation.

Um auch hier – beispielhaft und im Vorgriff auf das Weitere – eine Vorstellung zu vermitteln, was dies im organisierten Kinderschutz bedeuten kann: Organisationale Kodierungen können sich hier beziehen auf die Definitionen von Professionsrollen (die z. B. eher sozialpädagogisch oder eher managementorientiert ausfallen können), das (affirmative oder distanzierte) Verhältnis zu bürokratischen Regeln und nicht zuletzt auf Haltungen zu wirtschaftlichen Fragen (ihre Bedeutung, ihr Verhältnis zu Sachzwecken etc.). Sie können sich ferner in der Profilbeschreibung eines freien Trägers – der sich z. B. als Therapie- oder Gemeinwesenexperte begrei-

---

<sup>64</sup> Zum Konzept der „street level bureaucracy“ vgl. klassisch Lipsky (1980) sowie – als Beispiel für deren Relevanz unter zeitgenössischen wohlfahrtsstaatlichen Bedingungen – Duner & Mordström (2006).

<sup>65</sup> Bei der Auswertung unseres empirischen Materials in den nachfolgenden Kapiteln blenden wir deshalb *rein individuelle* Orientierungen (z. B. bei einzelnen Professionellen auftretende idiosynkratische Lesarten von Problemen und Signalen) im Interventionsgeschehen weitgehend aus – was nicht bedeutet, dass sie beim Kinderschutz in konkreten Fällen ganz konkrete Wirkungen zeitigen können.

fen mag – oder in Leitbildern von Berufsgruppen (z. B. Hebammen), als Bindung an eine bestimmte Schule der Medizin bzw. der Kleinkinderförderung, ausdrücken.

Konzeptionell besteht damit eine gewisse Kompatibilität unserer Herangehensweise mit konstruktivistischen Ansätzen der Organisationstheorie, wie sie einschlägig von Weick (2009) vertreten werden und darauf abstellen, dass Organisationen immer auch Orte der Konstruktion von Wirklichkeit im Hinblick auf sich selbst und ihre Umwelten sind, wobei Wir-Identitäten, Selbstbeschreibungen zur Organisationsgeschichte oder Zufallsereignisse die jeweiligen Kodierungen (mit) beeinflussen. Im „*Prozess des Organisierens*“ (Weick 1979) sedimentieren sich (wenigstens für eine Weile) Deutungs- und Handlungsmuster als Ergebnis der Auseinandersetzung mit komplexen Aufgabenumwelten, bei denen es häufig darum geht, „zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen“ oder provisorische – und mitunter auch „faule“ – Kompromisse zwischen spannungsgeladenen Rahmenbedingungen zu schließen.

Um ein Beispiel zu nennen: Ein freier Träger mit dem Schwerpunkt Gemeinwesenarbeit, der sich, traditionell bewegungsorientiert, als partizipativ-basisdemokratisch begreift und über einige ehrenamtliche Ressourcen verfügt, setzt sich bei einer Programmausschreibung als idealer Projektträger für den Aufbau einer vergleichsweise aufwandsarmen Komm-Struktur (Müttercafé) für gefährdete Familien ins Szene; er kodiert sich zum Experten für „Sozialraumorientierung“, wohl wissend, dass er gleichzeitig die institutionelle Logik des betriebswirtschaftlichen Umgangs mit öffentlichen Mitteln bedient, bei der es nicht zuletzt darauf ankommt, dass bestimmte (auch vage) Ziele mit möglichst geringem (finanziellem) Aufwand verfolgt werden.

Die Kodierungen transportieren also potenziell kollektiven Eigensinn im Umgang mit vorgegebenen institutionellen Logiken. Sie sind das entscheidende Werkzeug zur *Operationalisierung* solcher Logiken. „Meta-organisationstheoretisch“ bewegen wir uns damit in der Linie der Giddens'schen Strukturationstheorie (Giddens 1992; Stones 2005), die – kurz gefasst – die soziale Welt aus einem dialektischen Interaktionsverhältnis von Strukturen (z. B. festen Normen) und darauf bezogenen Handlungen (die diese Normen über bestimmte Zeiträume *in praxi* modifizieren) erklärt.

Ungeachtet der (auch situativen) Flexibilität organisationaler Kodierungen sehen wir institutionelle Logiken dabei allerdings als harte gesellschaftliche Wirklichkeit, hinter die kollektive (und erst recht individuelle) Akteure wenigstens mittelfristig nicht „zurückkönnen“. Kodierungen erlauben eine Variation bzw. spezifische Kombination institutioneller Logiken – wobei daraus Kompromisse, ambiguitäts-trächtige Haltungen oder inkonsistente (also „mal so, mal so“ vorgenommene) Wahrnehmungs- und Handlungsprozesse hervorgehen können. Die *Richtung* aber, in die sich Strukturen im organisierten Kinderschutz entwickeln, ist letztlich durch

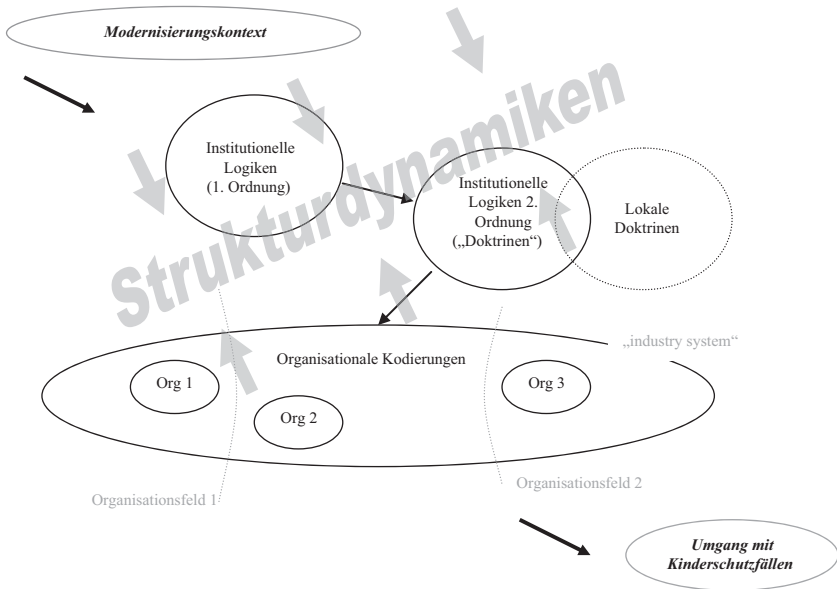
die Geltung feld- bzw. systemübergreifender Logiken bestimmt, so sehr diese mit einer volatilen Praxis einhergehen mögen.

Vieles spricht dafür, dass wesentliche Triebkräfte für Strukturdynamiken im Kinderschutz systemexterner Natur sind und darin wurzeln, was oben als „neue Wohlfahrtsstaatlichkeit“ umrissen wurde und seinerseits in säkulare, in der Gegenwartsepoche spezifisch ausbuchstabierte Modernisierungsdynamiken eingebettet ist. Solche Impulse von außen sind für die (kollektiven) Akteure des Kinderschutzes ein „hartes Datum“ und lassen sich als solche nicht ausschalten. Allerdings bestehen Möglichkeiten und vielfach auch Notwendigkeiten, solche Impulse an Organisationskontexte zu adaptieren, was häufig auf eine Art „passiven Gehorsam“ ihnen gegenüber hinausläuft, aber auch „kreative Lösungen“ provozieren kann. Kurzum: Es gibt starke Makrodynamiken auf der gesellschaftlichen Ebene, die durch Mesopraktiken übersetzt und dabei teilweise gebrochen bzw. facettenreich variiert werden; daraus erwachsen Strukturdynamiken, die einen bestimmten Umgang mit Kindeswohlgefährdung auf der Mikroebene vorprägen.

Um auch hier – erneut im Vorgriff auf das Weitere – ein konkretes Beispiel für einen solchen Übersetzungsprozess zu nennen: Wenn professionelle (z. B. sozialpädagogische) Fachlichkeit und betriebswirtschaftliche Rationalisierung als je für sich wirkungsmächtige institutionelle Logiken aufeinandertreffen und miteinander verbunden, also organisational kodiert werden müssen, dann geschieht dies zunächst eingebettet in spezifische gesellschaftliche Entwicklungszustände: einerseits stabile Funktionszuschreibungen an soziale Professionen, andererseits ein zunehmender Import von Steuerungsmethoden aus der Welt der Privatwirtschaft. Eine mögliche organisationale Kodierung kann hier darin bestehen, dass von Akteuren der Jugendhilfe eine bestimmte Maßnahmenpolitik (z. B. der Rekurs auf kurze ambulante Interventionen), die betriebswirtschaftlich motiviert ist, *grundsätzlich* als fachlich rational gedeutet wird, wodurch zugleich eine „Restkompetenz“ für professionelle Einzelurteile gewahrt bleibt – freilich ohne Beschäftigung mit der Frage, ob z. B. ohne betriebswirtschaftlichen Druck nicht sehr viel mehr stationäre Interventionen angezeigt wären.

Die Generalisierung einer solchen Kodierung im Kontext eines Sets unterschiedlicher institutioneller Logiken würde dann eine *Strukturdynamik* im organisierten Kinderschutz auslösen (siehe die Modellierung des Gesamtzusammenhangs in Abb. 2.1): im oben durchgespielten Fall die Verbetriebswirtschaftlichung fachlicher Entscheidungen unter Wahrung eines Restprofessionalismus. Strukturdynamiken dieser Art lassen sich also durch die Rekonstruktion der – kombinatorischen bzw. vermittelnden – Übersetzung institutioneller Logiken in organisationale Kodierungen gleichsam genealogisch erschließen.

Bei diesem konzeptionellen Zugang auf *Systemwandel* rekurren wir (wie in der Einleitung schon angedeutet) auf einen sozialtheoretischen Ansatz von Schi-



**Abb. 2.1** Institutionelle Logiken, Kodierungen und Strukturdynamiken

mank (2010: 186 ff). Diesem Ansatz zufolge muss, wenn es um die Ergründung von Aufbau, Erhaltung und Veränderung bestimmter Strukturen (wie etwa eines Handlungsansatzes im Kinderschutz) geht, das gestalterische Umgehen der Menschen mit gesamtgesellschaftlich vorherrschenden Orientierungen (z. B. mit Ursprung im wirtschaftlichen oder politischen System), eingespielten institutionellen Vorgaben (z. B. Gesetzen) und jeweils situativ ausgebildeten Akteurskonstellationen (z. B. der Trägerlandschaft) systematisch beobachtet werden, um zu verstehen, wie sich Strukturen über einen bestimmten Zeitraum hinweg entwickeln. Man erhält dann Aufschlüsse über die „hidden agenda“ des Wandels *jenseits* vordergründig plausibel erscheinender Begründungen (z. B. seitens einflussreicher Sozialpolitiker). Strukturen bilden und verändern sich dabei weder nach einem Masterplan einzelner gesellschaftlicher Gruppen noch vollends hinter dem Rücken der beteiligten Akteure. Sie ergeben sich vielmehr im komplexen Aufeinandertreffen gegebener Verhältnisse und einer kollektiven Praxis, die aus dem aufeinander bezogenen Verhalten verschiedener Parteien emergiert und oft so von niemandem intendiert wurde. Diese Erkenntnis leitet im Weiteren unsere detaillierte Analyse des organisierten Handelns *innerhalb* des Kinderschutzsystems.

Unsere Ausgangshypothese ist, dass das gesellschaftliche Projekt Kinderschutz unter den bis hierhin umrissenen Rahmenbedingungen in einer spezifischen Weise

**Tab. 2.1** Das gesellschaftliche Projekt Kinderschutz und seine Operationalisierung

Modernisierungskontext	Institutionelle Logiken (2. <i>Ordnung</i> kursiv), <i>beispielhaft</i>	Gegenstände organisationaler Kodierungen <i>beispielhaft</i>
<i>Neue Wohlfahrtsstaatlichkeit</i> <ul style="list-style-type: none"><li>• menschenrechtsorientiertes „Empowerment“<ul style="list-style-type: none"><li>– mehr Schutzrechte &amp; Basisfürsorge</li><li>– Humankapital- fokus- sierung</li></ul></li><li>• Kontrollperfektionismus<ul style="list-style-type: none"><li>– Sozialdisziplinierung</li><li>– Managerialismus mit Quasi-Markt-Instru- menten</li></ul></li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• professionelle Fachlichkeit (in diversen Varianten)</li><li>• wirtschaftliches Manage- ment staatlicher Belange</li><li>• advokatorische Interessen- wahrnehmung (zivilgesell- schaftliche „Mission“)</li><li>• Rechtsförmige Regulie- rung, z. B. in der Aus- führungsgesetzgebung oder im Rahmen einer Wohlfahrtsbürokratie<ul style="list-style-type: none"><li>– <i>Doktrin: sozialstaatli- cher Familialismus</i></li><li>– <i>Doktrin: lokaler „Präventionismus“</i></li></ul></li></ul> <p>...</p>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Definitionen von Professions-/Berufsrollen</li><li>• Haltung zu wirtschaftli- chen Fragen</li><li>• Verhältnis zu bürokrati- schen Regeln</li><li>• Bekenntnis zu bestimmter „Schule“ oder Fachrich- tung (z. B. systemische Therapie)</li></ul> <p>...</p>

operationalisiert wird (s. dazu – noch unvollständig – Tab. 2.1). Seine Umsetzung bewegt sich innerhalb eines Korridors, der durch den allgemeinen gesellschaftli- chen und wohlfahrtsstaatlichen Kontext abgesteckt wird, in dem eine Reihe ins- titutioneller Logiken verfügbar bzw. anschlussfähig sind und bei dessen Nutzung in Ämtern oder Einrichtungen potenziell verschiedenartige organisationale Ko- dierungen greifen (von denen bis hierhin einige idealtypisch angeführt wurden). Wie organisierter Kinderschutz unter den heute gegebenen Bedingungen konkret bewerkstelligt wird und welche institutionellen Logiken über den Prozess organisa- tionaler Kodierung in Anspruch genommen werden, sollen die nachfolgenden Ka- pitel unter Rückgriff auf Befunde aus verschiedenen lokalen Settings des deutschen Kinderschutzsystems konkret vor Augen führen.

Organisierter Kinderschutz in Deutschland  
Strukturdynamiken und Modernisierungsparadoxien

Bode, I.; Turba, H.

2014, XIII, 391 S. 11 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-03353-8